



Vereinigtes Königreich

Daten & Analysen zum Hochschul- und
Wissenschaftsstandort | 2018

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis von Kennzahlen und Diagrammen	3
1. Rahmenbedingungen des Bildungssystems	5
a. Politik	5
b. Wirtschaft	6
c. Bevölkerung	10
2. Hochschul- und Bildungswesen	13
a. Historische Entwicklung	13
b. Rolle des Staates / Autonomie	13
c. Finanzierung der Hochschulen	16
d. Hochschulen und Wirtschaft	19
e. Relevante Institutionen	19
f. Merkmale und Unterschiede von Hochschultypen	20
g. Aufbau und Struktur des Studiensystems	21
h. Hochschulzugang	27
i. Der Lehrkörper	27
j. Akademische Schwerpunkte	28
k. Forschung	29
l. Qualitätssicherung und -steigerung	31
3. Internationalisierung und Bildungskooperation	32
a. Internationalisierung des Hochschulsystems	32
b. Bildungskooperationen und Partnerorganisationen	35
c. Deutschlandinteresse	36
d. Deutsche Sprachkenntnisse	37
e. Hochschulzugang in Deutschland	38
4. Empfehlungen für deutsche Hochschulen	42
a. Hochschulkooperationen – FAQ	42
5. Länderinformationen und praktische Hinweise	43
a. Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis	43
b. Lebenshaltungskosten und Unterkunft	43
c. Sicherheitslage	44
d. Interkulturelle Hinweise	44
e. Adressen relevanter Organisationen	44
f. Publikationen und Linktipps	45
Impressum	46

Verzeichnis von Kennzahlen und Diagrammen

Kennzahlen

Erläuterung einzelner Kennzahlen	46
Kennzahl 1: BIP	6
Kennzahl 2: BIP pro Kopf in KKP	7
Kennzahl 3: Wirtschaftswachstum	7
Kennzahl 4: Inflation	7
Kennzahl 5: Export / Import	7
Kennzahl 6: Rang des Landes beim Außenhandel mit Deutschland	7
Kennzahl 7: Gini-Koeffizient	8
Kennzahl 8: Bevölkerungszahl absolut	11
Kennzahl 9: Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen	11
Kennzahl 10: Bildungsausgaben	18
Kennzahl 11: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden	21
Kennzahl 12: Anzahl der Doktoranden	22
Kennzahl 13: Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	23
Kennzahl 14: Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)	23
Kennzahl 15: Absolventen BA und MA	24
Kennzahl 16: Absolventen PhD	25
Kennzahl 17: Anteil der Forschungsausgaben am BIP	29
Kennzahl 18: Anzahl der Patente in Naturwissenschaft und Technik (Residents)	30
Kennzahl 19: Anzahl wissenschaftlicher Publikationen	30
Kennzahl 20: Knowledge Economy Index (KEI)	30
Kennzahl 21: Anteil ausländischer Studierender	32
Kennzahl 22: Die wichtigsten fünf Herkunftsländer ausländischer Studierender	32
Kennzahl 23: Im Ausland Studierende (Anzahl)	33
Kennzahl 24: Im Ausland Studierende (Prozent)	34
Kennzahl 25: Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende	34
Kennzahl 26: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland	36
Kennzahl 27: Anzahl der Hochschulkooperationen mit Deutschland	36
Kennzahl 28: Anzahl der DAAD-Förderungen	36

Diagramme

Diagramm 1: Entwicklung des BIP	6
Diagramm 2: Entwicklung des BIP pro Kopf in KKP	6
Diagramm 3: Bevölkerungsentwicklung	10
Diagramm 4: Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen (Entwicklung)	11
Diagramm 5: Prognose der Bevölkerungsentwicklung	12
Diagramm 6: Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) in Prozent des	16
Diagramm 7: Anteil der jährlichen Bildungsausgaben in Prozent der	17
Diagramm 8: Anteil der jährlichen Ausgaben für tertiäre Bildung in Prozent der	17
Diagramm 9: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden	21
Diagramm 10: Anzahl der Doktoranden	22
Diagramm 11: Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)	22
Diagramm 12: Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)	23
Diagramm 13: Absolventen BA und MA	24
Diagramm 14: Absolventen PhD	24
Diagramm 15: Anteil der Forschungsausgaben am BIP	29
Diagramm 16: Anteil ausländischer Studierender	32
Diagramm 17: Im Ausland Studierende (Anzahl)	33
Diagramm 18: Im Ausland Studierende (Prozent)	33

Diagramm 19: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland36

1. Rahmenbedingungen des Bildungssystems

a. Politik

Obwohl die Bedingungen für den Brexit bislang nicht entschieden wurden, wird er für die Entwicklung der Kooperation zwischen britischen und deutschen Hochschulen und den akademischen Austausch Folgen haben – welche, bleibt abzuwarten. Je näher der Austrittstermin 29. März 2019 rückt, desto belastender wird die fortbestehende Unsicherheit empfunden, individuell wie institutionell.

Diverse politische Absichtserklärungen zielen darauf ab, den Status quo aufrecht zu erhalten; ihre praktische Umsetzbarkeit bedarf andererseits, wie so vieles im Zuge des Austritts aus der EU, weiterer inhaltlicher und finanzieller Präzisierung innerhalb des gemeinsam zu beschließenden politischen Rahmens.

Hoffnungsvoll stimmte die Universitäten im Vereinigten Königreich (UK) und auch europäische Hochschulverbände Anfang Juni 2018 die Ankündigung der EU-Kommission für das zukünftige "Horizon Europe"-Programm. Es löst ab dem Jahr 2021 "Horizon 2020" ab und sieht gegenüber dem Ist-Stand ein höheres Maß an Flexibilität bei sogenannten assoziierten und Drittstaaten vor. Hiervon könnte auch das UK mit seinen zahlreichen forschungstarken Universitäten, die weiterhin zu beiderseitigem Nutzen mit europäischen Partnern kooperieren wollen, profitieren.

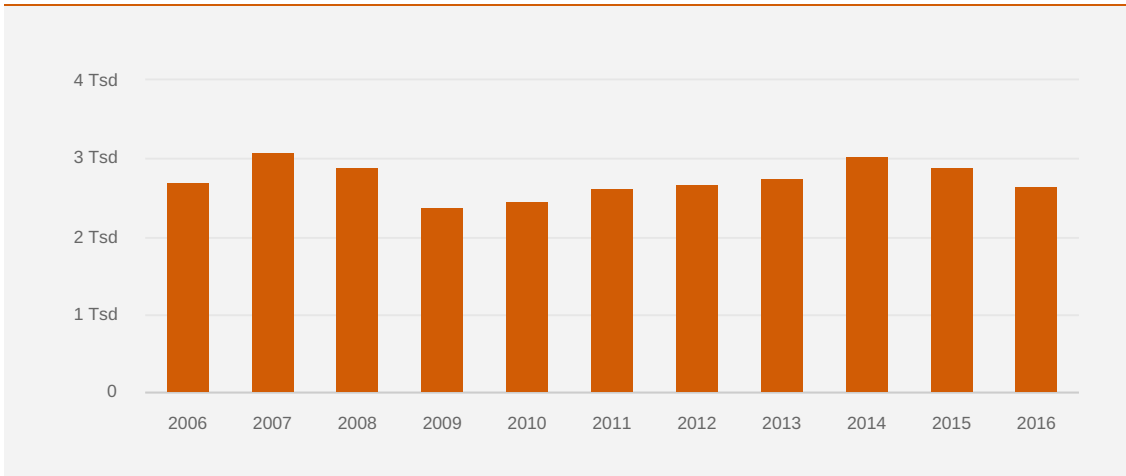
Grundsätzliches Ziel der Regierung ist es, den Stellenwert des UK ("a truly global Britain") als attraktives Zielland für internationale Studierende und Wissenschaftler aus der EU wie weltweit zu erhalten. Dem entgegen steht, dass die Migration ins Land generell beschränkt und die innerhalb der EU geltende Personenfreizügigkeit, die als ein Hauptmotivator für den Referendumsausgang gesehen wird, beendet werden soll. Der Zugang zu Visa insgesamt, auch solchen, die von Studierenden in Anspruch genommen werden, sowie die Möglichkeit, parallel zum Studium in Teilzeit zu arbeiten, ist in den letzten Jahren deutlich erschwert worden (wodurch unter anderem die Zahl indischer Studierender um 50 Prozent zurückgegangen ist). Ob Studierende, die sich nur für eine gewisse Zeit im Land aufhalten, auch weiterhin in die offiziell erhobenen Migrationszahlen einzurechnen sind oder nicht, ist bislang nicht eindeutig geklärt und politisch umstritten. Universitäre Kreise hoffen schon seit langem darauf, dass Premierministerin Theresa May von ihrer Haltung abrückt und anerkennt, dass internationale Studierende sowohl intellektuell als auch finanziell ein Zugewinn für das Land sind. Anfang Februar 2018 gab es dafür Anzeichen, indem May einräumte, dass diese Gruppe keinen langanhaltenden negativen Effekt auf die Migrationszahlen, die nach wie vor auf einige Zehntausend jährlich gedrückt werden sollen, habe. Nichtsdestotrotz hält sie mit Verweis auf internationale Kriterien daran fest, Studierende als Migranten zu qualifizieren, sofern diese 12 Monate oder länger im Land bleiben.

Dessen ungeachtet bleiben britische Hochschulen auch finanziell auf internationale Studierende angewiesen. Deren wirtschaftliche Bedeutung ist im Grunde allen Beteiligten bekannt und wird durch Erhebungen immer wieder neu gestützt. Zuletzt ergab eine Studie im Januar 2018 eindeutige Daten zum Mehrwert internationaler Studierender: Erträgen aus Studiengebühren, Lebenshaltungskosten und geschätzten indirekten ökonomischen Effekten von 22,6 Mrd. Pfund stehen demnach Kosten für Bildung, Gesundheit und Soziales von lediglich 2,3 Mrd. Pfund entgegen (The Higher Education Policy Institute (Quelle: HEPI) / Kaplan International Pathways: [The costs and benefits of international students by parliamentary constituency](#)).

b. Wirtschaft

Diagramm 1: **Entwicklung des BIP**

US-Dollar, in Milliarden



Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 1: **BIP**

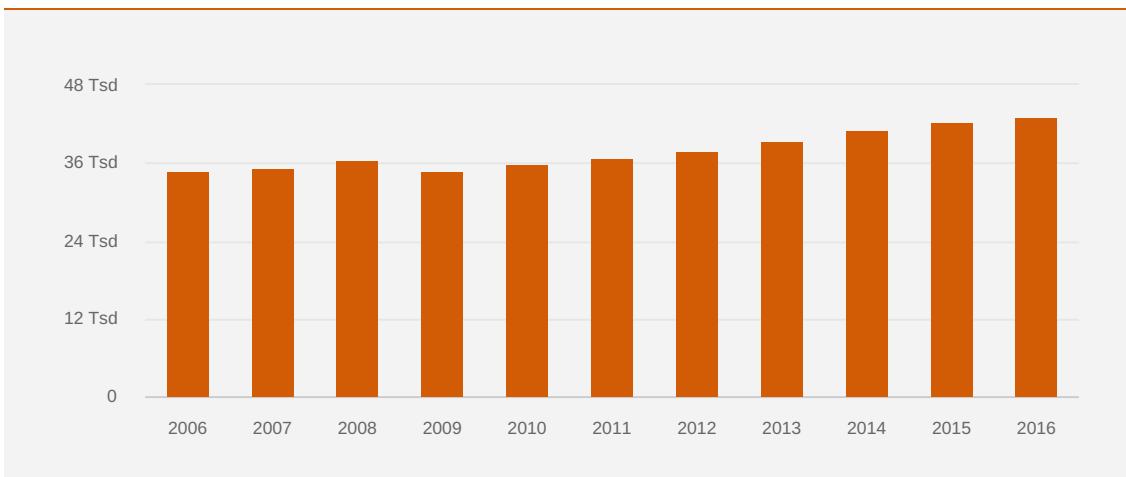
US-Dollar, in Milliarden

Vereinigtes Königreich (2016)	2.647
Im Vergleich: Deutschland (2016)	3.477

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Diagramm 2: **Entwicklung des BIP pro Kopf in KKP**

US-Dollar



Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 2: **BIP pro Kopf in KKP** US-Dollar

Vereinigtes Königreich (2016)	43.080
-------------------------------	--------

Im Vergleich: Deutschland (2016)	48.884
----------------------------------	--------

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 3: **Wirtschaftswachstum** in Prozent

Vereinigtes Königreich (2016)	1,79
-------------------------------	------

Im Vergleich: Deutschland (2016)	1,94
----------------------------------	------

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 4: **Inflation** in Prozent

Vereinigtes Königreich (2016)	0,64
-------------------------------	------

Im Vergleich: Deutschland (2016)	0,48
----------------------------------	------

Quelle: [The World Bank. Data](#)

Kennzahl 5: **Export / Import** US-Dollar, in Milliarden

Export nach Deutschland (2016)	411
--------------------------------	-----

Import aus Deutschland (2016)	636
-------------------------------	-----

Quelle: [Statistisches Bundesamt. Genesis-Online](#)

Kennzahl 6: **Rang des Landes beim Außenhandel mit Deutschland**

Rang des Landes bei deutschen Exporten (2016)	3
---	---

Rang des Landes bei Importen nach Deutschland (2016)	11
--	----

Quelle: [Statistisches Bundesamt. Genesis-Online](#)

Kennzahl 7: **Gini-Koeffizient**

Vereinigtes Königreich (2014)

34

Im Vergleich: Deutschland (2014)

30

Quelle: [The World Bank. Data \(Vereinigtes Königreich\)](#), [Statistisches Bundesamt \(Deutschland\)](#)

Das Vereinigte Königreich (UK) erholt sich von der Banken- und Wirtschaftskrise der Jahre ab 2008. Das Wirtschaftswachstum erhöhte sich bis zum Jahr 2014 deutlich (3,1 Prozent), betrug 2017 aber nur noch 1,8 Prozent. Die durchschnittlichen Arbeitseinkommen lagen Anfang 2018 effektiv nach wie vor leicht unter dem Niveau vor der Finanzkrise. Wachstumsquoten, die innerhalb der letzten Jahre teilweise deutlich über denjenigen von Ländern im Euro-Raum lagen und inzwischen sinken, wurden nicht zuletzt durch hohe Konsumentenausgaben erzielt. Dies hat zu einer aus Sicht der Bank of England als „besorgniserregend“ beschriebenen Privathaushaltsverschuldung in Höhe von 200 Mrd. Pfund (Privatkredite, Kreditkartenschulden, Kredite für den Erwerb von Automobilen) geführt. Zusätzlichen Druck auf das Konsumentenverhalten übt die gestiegene Inflationsrate aus. Sie erhöhte sich zum Jahresende 2017 auf 3 Prozent und sank bis September 2018 auf 2,4 Prozent. Die ökonomische Performanz des Landes, in dem rund 80 Prozent der Gesamtwirtschaftsleistung durch Finanzgeschäfte und Dienstleistungen erbracht werden, rangiert hinsichtlich Produktivitätszuwächsen weiterhin deutlich unterhalb internationaler Vergleichswerte. Hierfür verantwortlich gemacht wird unter anderem der Verzicht auf mittel- bis langfristige Investitionen in der produzierenden Wirtschaft, die nach jahrzehntelangem Niedergang nur noch etwa 10 Prozent des BIP ausmacht. Aufgrund der fortbestehenden ökonomischen Unsicherheit, wann, wie und mit welchen Folgen der Austritt des UK aus der EU vollzogen wird, wird sich hieran voraussichtlich in naher Zukunft wenig ändern. Positiv zu vermerken sind die verbesserten Exportchancen für die britische Wirtschaft, vorrangig erzielt durch den Wertverlust des britischen Pfundes gegenüber den beiden Leitwährungen US-Dollar (circa minus 15 Prozent) und Euro (etwa minus 12 Prozent) seit Juli 2016. Im Juni 2018 erhobene Zukunftsaussichten der Wirtschaft fielen, zur Überraschung vieler Marktbeobachter, mäßig bis in Teilen sogar eher schlecht aus.

Die offizielle Arbeitslosenquote lag zu Beginn des Jahres 2018 im Landesdurchschnitt bei 4,3 Prozent und damit auf dem niedrigsten Wert seit rund 40 Jahren. Dabei ist der Anteil arbeitslos gemeldeter junger Erwachsener mit Hochschulabschluss deutlich niedriger als es für diejenigen ohne Abschluss gilt. Die Arbeitsmarktperspektive für Hochschulabsolventen kann somit weiterhin als günstig gelten.

Nach der Wahl im Juni 2017, die entgegen allen Erwartungen den Verlust der im Mai 2015 errungenen relativ knappen (17 Mandate) Mehrheit erbracht hat, wird die britische Regierung weiterhin von den Konservativen ("Tories") unter Premierministerin Theresa May gestellt. Sie ist im Parlament auf die Unterstützung der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP, zehn Abgeordnete) angewiesen. Der bereits seit 2010 vorherrschende, in Teilen drakonische Sparkurs wurde als Reaktion auf die Wirtschaftskrise bisher, von wenigen Korrekturen abgesehen, fortgeführt. Er hat Auswirkungen auf viele Lebensbereiche, nicht zuletzt auf die Kommunen, die Verkehrsinfrastruktur, das Gesundheitswesen ("National Health System", NHS), auf die Schulen und die Studien- und Hochschulsituation. Premierministerin May erklärte auf dem Parteitag der Konservativen im Oktober 2018 die offizielle Sparpolitik für beendet, und bereits zuvor waren Investitionen ins nationale Gesundheitssystem angekündigt worden, die unter anderem aus einer erhofften "Brexit-Dividende" bezahlt werden sollen. Ob sie eintritt und die massiven Kürzungen öffentlicher Ausgaben der letzten rund zehn Jahre im Ganzen tatsächlich gestoppt werden, bleibt abzuwarten.

Seit 2017 ist das "Teaching Excellence Framework" (TEF) als Teil eines neuen Gesetzes, des "Higher Education and Research Act" (HERA) in Kraft. Bei gutem (Silbermedaille) oder sehr gutem (Goldmedaille) Abschneiden im TEF können seit Beginn des Studienjahres 2017/2018 nach zuvor 9.000 Pfund nunmehr bis zu 9.250 Pfund für das grundständige Studium (Briten, EU-Ausländer)

erhoben werden. Bedürftige Studierende müssen seit 2016 auch eine zuvor gewährte Unterhaltsbeihilfe nach dem Studium zurückzahlen. Bisherige Statistiken lassen erkennen, dass die Studierneigung trotz gestiegener Gebühren nicht abgenommen, sondern sogar geringfügig zugenommen hat. Dies wird seitens der konservativen Regierung als bildungspolitischer Erfolg verbucht, hat einen wichtigen Grund aber auch darin, dass es im britischen Bildungssystem für ambitionierte junge Leute in der Breite keine wirkliche Alternative zum Studium gibt. Markante Rückgänge (50 Prozent und mehr) verzeichnet weiterhin das Fern- und Teilzeitstudium.

Auch im UK besteht ein Zusammenhang zwischen dem Wohlstand einer Familie und der Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind an der Universität studiert. Jedoch ist in den letzten Jahren die Zahl der Studierenden aus allen sozialen Schichten gestiegen. Sozial schlechter gestellte Studierende und solche aus ethnischen Minderheiten schaffen es aber weiterhin in wesentlich geringerem Umfang, an den beiden national wie international führenden Universitäten Oxford und Cambridge ("Oxbridge") angenommen zu werden. Dies führte im Frühjahr 2018 zu erheblicher Kritik am Auswahlverfahren der beiden Universitäten, deren Colleges hier große Autonomie genießen. Es ist zu erwarten, dass sie sich dem Druck aus Politik und Gesellschaft auf Dauer nicht werden entziehen können und vermehrt Studierende aus sozial minder privilegierten Schichten akzeptieren werden. Generell und über "Oxbridge" hinaus steht "widening participation" auf der politischen Agenda weit oben.

Bisher vertrat die konservative Partei die Auffassung, ein gebührenfinanziertes Studium lohne sich, denn Hochschulabsolventen erzielten mit Blick auf das gesamte Berufsleben ein deutlich höheres Einkommen als diejenigen ohne tertiäre Bildung. Deshalb sei es insgesamt zu vertreten, dass die finanziellen Lasten eines Studiums zwischen dem Steuerzahler (tendenziell sinkend) und dem profitierenden Individuum (tendenziell steigend) aufgeteilt werden ([BBC](#)). Infolge der deutlichen Erhöhung der Studiengebühren verlassen offiziellen Statistiken von Sommer 2017 zufolge britische Hochschulabsolventinnen und -absolventen die Universität mit rückzahlbaren Schulden in Höhe von nicht selten 50.000 Pfund. Damit liegt das UK im Durchschnitt weltweit an der Spitze. Die Verbindlichkeiten, meistens gegenüber der [Student Loans Company](#) (SLC), sind im Anschluss an das Studium einkommensabhängig zurückzuzahlen.

Aufgrund des schlechten Abschneides bei den Wahlen im Juni 2017, dies vor allem bei jüngeren Stimmberechtigten, hat sich die konservative Regierung dazu entschlossen, die jährliche Einkommensgrenze, ab der mit Rückzahlungen begonnen werden muss, recht deutlich von 21.000 auf 25.000 Pfund anzuheben. Dessen ungeachtet wird das bisherige Finanzierungsmodell der Hochschulen, welches entscheidend auf Studiengebühreneinnahmen basiert, zunehmend kritisch gesehen. Mitte Februar 2018 brachte die bis zum Januar 2018 amtierende Bildungsministerin Justine Greening zur Finanzierung des Hochschulsektors eine sogenannte "graduate tax" ins Spiel. Anstatt jährlich einen Studienkredit aufzunehmen, der seit Kurzem mit 6,1 statt zuvor 4,6 Prozent verzinst zurückzuzahlen ist, sollten Absolventen, so Greening, eine an ihrem Einkommen orientierte Steuer zahlen. Dies würde junge Menschen davor bewahren, bereits mit Anfang zwanzig einen beträchtlichen Schuldenberg aufzutürmen. Das Modell einer solchen Steuer war bereits zur Zeit von Labour-Premierminister Gordon Brown, als die Studiengebühren noch bei 3.000 Pfund jährlich lagen, vorgeschlagen worden. Greening sprang damit – parteiübergreifend – dem Vorschlag bei, der von einem früheren Abgeordneten der Labour-Partei, Peter Hain, erneut ins Gespräch gebracht worden war. Die Steuer sei, so Hain, weniger bürokratisch, werde wie jede andere vom Einkommen einbehalten und erfordere keinen eigenen Inkassoapparat. Außerdem werde der beim Studienkreditmodell auf rund 50 Prozent geschätzte Ausfall vermieden. Er kann aus diversen Gründen eintreten, nicht zuletzt weil ab dem 55. Lebensjahr jegliche noch bestehende Kreditschuld erlischt. Die Steuer soll hingegen unbefristet gelten.

Der Wahlausgang und auch Greenings Überlegungen haben Premierministerin May offenbar dazu angeregt der Sache nachzugehen. Sie kündigte Mitte Februar 2018 die Überprüfung der Kriterien für die Festsetzung der Studiengebühren (allerdings nicht deren Abschaffung) an. Das britische System sei eines der teuersten der Welt und die langfristigen Konsequenzen müssten genauer betrachtet werden. Die bei der Einführung der verdreifachten Gebühren erhoffte Preisdifferenzierung im Hochschulsektor sei nicht eingetreten, denn abgesehen von wenigen Ausnahmen verlangten alle Institutionen die maximalen Gebühren, ohne dass hierbei Kosten und Qualität des jeweiligen Kurses berücksichtigt würden. Indirekt erkannte May auch an, dass sich die Situation für Studierende aus

sozial schwächeren Familien zusätzlich verschärft hat, denn zuvor gezahlte Lebenshaltungsstipendien sind inzwischen ebenfalls nur noch als Kredit zu bekommen. Sie erhöhen die Gebühren-Schuldenlast für die Betroffenen zusätzlich.

Politisch umstritten bleiben weitergehende Überlegungen, die unterschiedliche Gebühren für verschiedene akademische Bereiche aufgrund der jeweils anfallenden realen Kosten vorsehen. Dies könne falsche Anreize schaffen, weil sozial schwächer gestellte Studierende unter Umständen davor zurückschrecken, statt „teurer“ Kurse, etwa in den Naturwissenschaften, lieber solche in „billigeren“ Geisteswissenschaften zu belegen, obwohl sie sich für Chemie, Physik oder Informatik interessieren. Dies habe auch negative volkswirtschaftliche Folgen, denn Qualifikationen in sogenannten STEM- (deutsch: MINT-) Fächern seien volkswirtschaftlich wichtig.

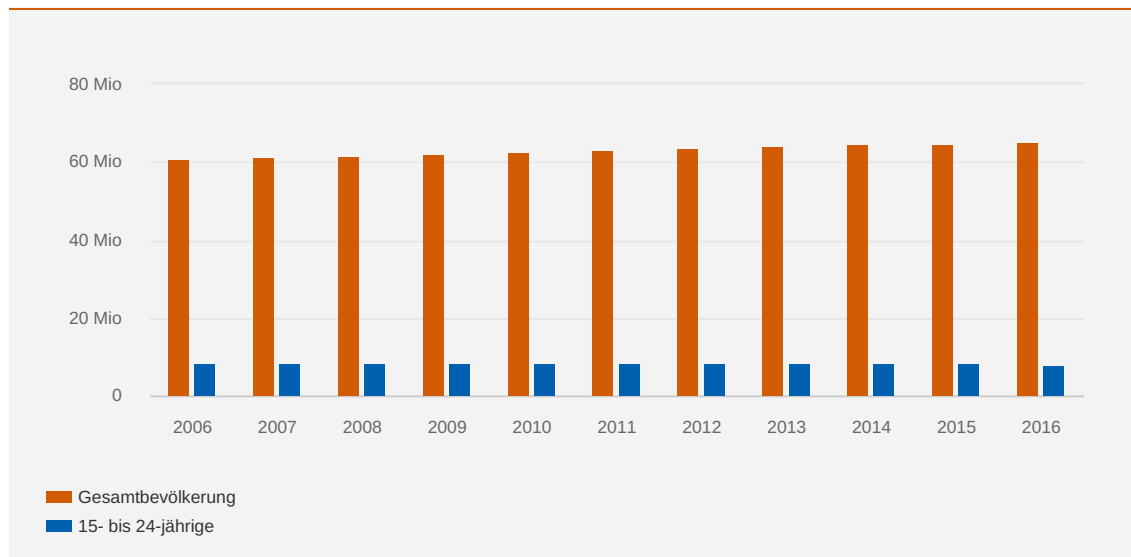
Nicht zuletzt die enorme finanzielle Belastung durch Studiengebühren im UK macht den Studienstandort Deutschland attraktiv. Allerdings gilt weiterhin, dass britische Sekundarschulabgänger zum größten Teil die Voraussetzungen für den Hochschulzugang in Deutschland gemäß den Bewertungsvorschlägen der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB, Datenbank "anabin") nicht erfüllen. Dies ist meist der Fall, weil britische Schülerinnen und Schüler sich bereits mit Beginn der Oberstufe spezialisieren können und dadurch – im Vergleich zum deutschen System – zu wenige (meistens nur drei) Fächer belegen oder die Fächerbandbreite und -belegdauer nicht zu einer Abituräquivalenz führt. Seit rund 15 Jahren stetig sinkende Deutschkenntnisse für das in der Regel weiterhin auf Deutsch vermittelte grundständige Studium kommen erschwerend hinzu – das Angebot an englischsprachigen Bachelorprogrammen ist an deutschen Hochschulen noch recht überschaubar. Aus den genannten Gründen sind auf absehbare Zeit vor allem englischsprachige Master- und Promotionsstudiengänge an deutschen Hochschulen für britische Studierende attraktiv. Gleiches gilt für internationale Studierende mit einem im UK erworbenen Bachelor- oder Masterabschluss, die sich entsprechend für ein Master- oder Promotionsstudium in Deutschland interessieren.

Quellen:

- [Office for National Statistics \(ONS\)](#)
- [Graduate Labour Market Statistics 2016](#), S.9

c. Bevölkerung

Diagramm 3: **Bevölkerungsentwicklung**



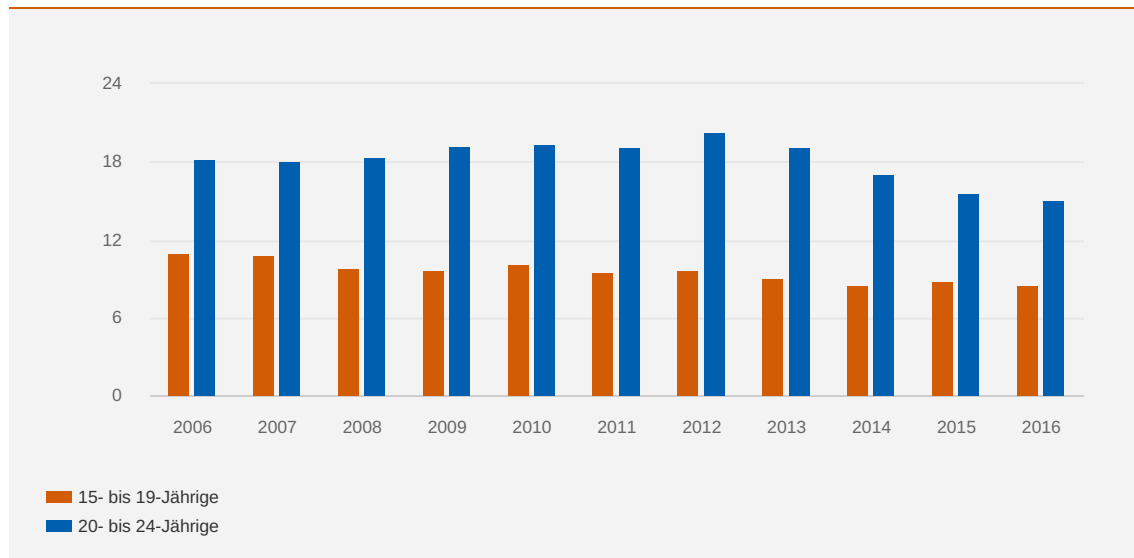
Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 8: **Bevölkerungszahl absolut**

Vereinigtes Königreich (2016)	65.111.143
Im Vergleich: Deutschland (2016)	80.682.351

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 4: **Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen (Entwicklung)** in Prozent



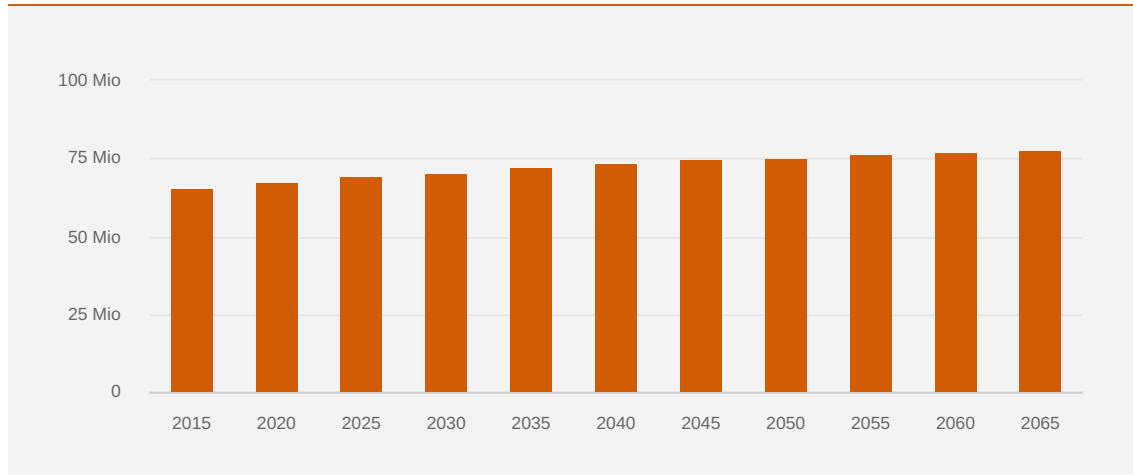
Quelle: [OECD. Data](#)

Kennzahl 9: **Anteil der Arbeitslosen unter den 15- bis 24-Jährigen** in Prozent

Unter den 15- bis 19-Jährigen (2016)	8,43
Im Vergleich: Deutschland (2016)	2,28
Unter den 20- bis 24-Jährigen (2016)	14,98
Im Vergleich: Deutschland (2016)	4,55

Quelle: [OECD. Data](#), [Statistisches Bundesamt. Genesis-Online \(Deutschland\)](#)

Diagramm 5: Prognose der Bevölkerungsentwicklung



Quelle: [UN Population Division](#)

Bis 2016 sind die Zahlen der Studienanfänger kontinuierlich gestiegen, so dass im Vereinigten Königreich von einer im Kern stabilen Zielgruppe ausgegangen werden kann; 2017 gab es erstmalig einen leichten Rückgang um circa 4 Prozent. Laut Prognosen des "Office for National Statistics" (ONS) wird dieser Trend in den kommenden etwa vier Jahren, analog zum Rückgang des Bevölkerungsanteils bei den 18- bis 24-Jährigen, insgesamt anhalten. Dies kann nicht zuletzt finanzielle Auswirkungen auf britische Hochschulen haben, die in den vergangenen Jahren kräftig investiert und sich dabei mitunter beträchtlich verschuldet haben. Man konkurriert um potentielle Studierende, preist die eigenen Vorzüge an und wirbt um Studierende, u.a. durch attraktive Bauvorhaben wie campusbasierte Sportstätten. Im Herbst 2018 kursierten Gerüchte, einzelne Universitäten befänden sich in finanziellen Schwierigkeiten. Seitens der Regierung und des seit April operierenden "Office for Students" (OfS) wurde erklärt, staatliche Einrichtungen seien nicht dazu da, in einem solchen Fall Rettungsversuche zu unternehmen, und misswirtschaftende Hochschulen könnten im Zweifel in Konkurs gehen. Ob sich dies politisch durchhalten ließe, gerade wenn strukturschwache Standorte betroffen sind, bliebe abzuwarten.

Quellen:

- [HESA: Higher education student enrolments and qualifications obtained at higher education providers in the United Kingdom 2015/16; 12 January 2017](#)
- [Office for National Statistics \(ONS\): Population projections; 26 October 2017](#)

2. Hochschul- und Bildungswesen

a. Historische Entwicklung

Die erste Universitäten wurden im Mittelalter und in der frühen Neuzeit gegründet. Diese Universitäten (Oxford, Cambridge, Aberdeen, St Andrews, Glasgow, Edinburgh und Dublin) werden oft mit dem Begriff "Ancient Universities" bezeichnet.

Es folgten zwei weitere Phasen, in denen zahlreiche Universitäten gegründet wurden, zum einen Ende des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts sowie zum anderen in den 1960er-Jahren.

Seit Inkrafttreten des "Higher Education Act" 1992, mit dem die damaligen "Polytechnics" (Äquivalente zu Fachhochschulen) Universitätsstatus erhielten, und infolge weiterer Öffnungen des Sektors über die letzten 13 Jahre, wird heute mit dem Begriff "Higher Education Institution" (HEI) eine große und weiter wachsende Spanne von Institutionen mit heterogenen Ausprägungen und Aufträgen erfasst. Sie alle haben gemein, dass sie autonome, selbstverwaltende, nicht-staatliche Organisationen und in der Regel von staatlichen Geldern – letzteres deutlich rückläufig – abhängig sind. Nur eine Handvoll privater Universitäten agiert im Vereinigten Königreich finanziell unabhängig vom Staat. Tendenzen zu einer verstärkten USA-Orientierung sind auch im britischen Hochschulsystem spürbar; besonders die steigenden Studiengebühren verdeutlichen dies.

Während generell in Großbritannien die Studierendenzahlen in modernen Fremdsprachen abnehmen und auch die Zahl der Deutschlerner an Schulen rückläufig ist, bleibt Deutschland trotzdem ein wichtiger Kooperationspartner für britische Hochschulen. Nach den USA nimmt Deutschland, universitär wie außeruniversitär, hierbei in der Regel die zweite Position ein. Besonders stark ausgeprägt ist die Kooperation – nicht zuletzt in EU-geförderten Programmen, deren Zukunft aufgrund des "Brexit" derzeit offen ist – im Bereich MINT (englisch: STEM), grundlagen- und anwendungsbezogen, sowie in der Medizin. In den Geistes- und Sozialwissenschaften ist die Zusammenarbeit ebenfalls substantiell.

Quellen:

- [Universities UK: Patterns and trends in UK higher education 2014](#)
- [GATE Germany: Länderprofil Großbritannien](#)

b. Rolle des Staates / Autonomie

Nach der sogenannten "Devolution" kann das Vereinigte Königreich als Einheitsstaat mit einer teilweise dezentralisierten Regierung bezeichnet werden. Seit 1998 existieren in Wales, Schottland und Nordirland eigene Landesteilparlamente und -regierungen, deren Vorsitz jeweils der sogenannte "First Minister" inne hat. Die Landesteilparlamente haben in verschiedenen Bereichen legislative und finanzielle Autonomie, wie beispielsweise in Gesundheits-, Bildungs- oder Landwirtschaftsfragen. In England gibt es jedoch kein solches Landesparlament. Problematisch für die weitere Ausgestaltung der "Devolution" bleibt daher der Umstand, dass das Vereinigte Königreich vier Landesteile hat – Nordirland, Schottland, Wales und England – wovon letzteres bezogen auf die Bevölkerungszahl und die Wirtschaftsleistung mit mehr als 80 Prozent des UK insgesamt eindeutig dominiert. Entscheidungen des Unterhauses in Westminster für das gesamte Land stehen aufgrund dieser regionalen Unwucht mitunter in der Kritik, als sie in Ermangelung einer regionalen Autonomie für den englischen Landesteil „England-dominiert“ getroffen werden. Folgt man dieser Sichtweise, wurde die mit der "Devolution" verbundene Absicht einer Kompetenzteilung mit den Regionen nicht konsequent umgesetzt.

Die Zuständigkeit für Hochschulfragen im Vereinigten Königreich lag bis 2016 nicht beim Bildungsministerium, sondern beim "Department for Business, Innovation and Skills" (BIS). Dieses wurde Mitte 2016 umstrukturiert, mit neuen Zuständigkeiten versehen und heißt seither "Department for Business, Energy and Industrial Strategy" (BEIS) mit einer reduzierten Kompetenz für den

Hochschulsektor. Formal für den Bereich zuständig ist seitdem das Bildungsministerium ("Department for Education", DfE). Diese Änderung ist Teil eines Kurswechsels in der Hochschulpolitik der aktuellen Regierung, die bei Hochschulfragen ein größeres Gewicht auf die Interessen der Studierenden legen will (zusätzlich zu den wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Prioritäten). Der Minister of State for Universities and Science (seit Januar 2018 Sam Gyimah, der Jo Johnson abgelöst hat), ist nun unter dem Dach dieser beiden Ministerien für Universitäten und wissenschaftliche Forschung zuständig.

In der Regel sind alle Universitäten im Vereinigten Königreich (außer den wenigen privaten Hochschulen) von öffentlichen Geldern abhängig und unterliegen somit staatlichen Regelungen, vor allem hinsichtlich der Höhe der Studiengebühren. Davon abgesehen sind britische Hochschulen insgesamt selbstständige Institutionen, die in vielen Bereichen Wahlfreiheit haben, zum Beispiel was Lehrinhalte oder Zulassungskriterien betrifft.

Nachdem die Begrenzung der Zahl der zugelassenen Studienanfänger schon 2015 von der Regierung aufgehoben worden war, folgte Ende April 2017 ein vom britischen Parlament beschlossenes neues Gesetz, der bereits erwähnte "Higher Education and Research Act" (HERA). Er sieht unter anderem eine Öffnung des tertiären Sektors zugunsten neuer Anbieter vor. HERA verändert bisher geltende Bestimmungen und Regeln grundlegend. Das Oberhaus, das lediglich beratenden Charakter hat, brachte im Zuge der Befassung über 700 Änderungsanträge ein, denen das Unterhaus allerdings jeweils zustimmen musste, dies aber bei weitem nicht immer tat. Dies war auch deshalb der Fall, weil die parlamentarische Beratung durch die kurzfristig für Juni 2017 ausgerufenen Wahlen abgekürzt werden musste. Nichts desto trotz sprach ein Mitglied des Oberhauses zu recht vom "wichtigsten Gesetz für den Hochschulsektor seit 25 Jahren", mithin seit 1992, als HEFCE eingerichtet wurde, der "Higher Education Funding Council for England".

Laut Hochschulstaatssekretär Sam Gyimah ist die „Ära des Studierenden“ angebrochen. Dies bedeute für die Hochschulen, sich voll und ganz zu wandeln. Absolventen, die viele Tausend Pfund an Studienkrediten zurückzahlten, könnten nicht nur erwarten, sondern hätten einen Anspruch darauf, dass sich dies als wertvolle Investition erweisen müsse. Die Qualität der Lehre sei hierbei zentral und habe sich im geplanten "Teaching Excellence and Student Outcomes Framework", einer modifizierten Form des 2017 als Teil von HERA an den Start gegangenen „Teaching Excellence Framework“ (TEF) zu beweisen. Mittel- bis langfristig würden die hier erhobenen Daten belegen, welche zukünftigen Verdiensterwartungen aus der Belegung bestimmter Kurse an bestimmten Universitäten resultierten. Studierende seien dadurch von Jahr zu Jahr mehr in der Lage, eine gut informierte Wahl zu treffen und zu beurteilen, welches akademische Angebot „value for money“ biete.

Zweijährige "fast track degrees" zum Bachelorabschluss, die bereits Gyimahs Vorgänger Jo Johnson im HERA verankert hatte, sollen an englischen Universitäten weiterhin zusätzlich angeboten werden, ohne dass diese Abstriche von der akademischen Qualität gegenüber traditionell dreijährigen Programmen aufwiesen, wie regierungsseitig betont wird. Damit sich für die anbietenden Hochschulen in finanzieller Hinsicht kein Nachteil ergibt, sollen sie für solche Intensivstudiengänge pro Jahr bis zu 11.500 Pfund an Gebühren erheben dürfen (Stand: November 2018). Grundsätzliches Ziel des Vorstoßes ist ein Mehr an Flexibilität für diejenigen, die nicht drei Jahre investieren können oder wollen. Vorteilhafte Einsparungen ergeben sich laut Regierungsvorstellung bei einer gegebenenfalls erforderlichen auswärtigen Unterbringung und bei den Lebenshaltungskosten, die nur für zwei Jahre aufzubringen sind, für die Studienkredite gewährende "Student Loans Company" (SLC) und letztlich auch für die Steuerzahler. Einwände von Hochschulen bezüglich der zusätzlichen Arbeitsbelastung für Lernende und Lehrende, die diese neu konzipierten Kurse vorhalten müssen, und der erzielbaren Ausbildungsqualität fanden wenig Gehör. Es ließen sich ja die Sommermonate stärker als bisher für die Lehre nutzen, hieß es. Kritik aus den Hochschulen zielt auch darauf ab, dass solche Fast-track-Studiengänge vor allem profitorientierte Anbieter anlockten. Da es aber ohnehin das politische Ziel die Regierung ist, den Markt für tertiäre Bildung weiter zu öffnen, hatte dieses Argument kaum Gewicht. Die Zahl der neuen "fast track degrees" hält sich bislang zum Missfallen der Politik in Grenzen.

Das neue Gesetz bestätigt, dass internationale Studierende weiterhin in das Netto-Migrationsziel, wonach nicht mehr als 100.000 Personen pro Jahr ins Land kommen sollen, einbezogen werden –

zur fortbestehenden Frustration der Hochschulen. Da sich die politische Landschaft nach der Unterhauswahl im Juni 2017 anders darstellt als zuvor (siehe oben), bleibt abzuwarten, wie kategorisch die entsprechenden Formulierungen des Gesetzestextes angewandt werden. Dies gilt umso mehr, als abgesehen vom ökonomischen Zugewinn auch eine im August 2017 veröffentlichte Studie, die Ein- und Ausreisedaten internationaler Studierender erfasste, um den vermeintlichen Missbrauch von Visa für andere denn Studienzwecke zu ermitteln, im Wesentlichen negativ ausfiel: lediglich 3 Prozent der internationalen Studierenden hatten sich demnach nicht korrekt verhalten. Dass dies in einem sehr viel größeren Umfang der Fall sei, hatte vor allem Premierministerin May (von 2010 bis 2016 Innenministerin) gegen alle Zweifel und Kritik hartnäckig behauptet. Wie erwähnt, versendet sie seit Anfang 2018 zumindest ansatzweise Signale einer Abmilderung der vormals harten Haltung.

Ein wesentliches Ziel des neuen Gesetzes ist die Ausweitung des Angebotes durch neue Anbieter tertiärer Bildung ("new providers"). Der Sorge unter den etablierten Institutionen um einen damit verbundenen Qualitätsverlust sowie eine mögliche Auf- oder gar Überhitzung des Sektors insgesamt wurde im Zuge der parlamentarischen Befassung nur in Grenzen entsprochen. Für zusätzliche Nervosität sorgt bei den Hochschulen die mit dem neuen Gesetz ebenfalls beschlossene Lehrqualität-Etikettierung des "Teaching Excellence and Student Outcomes Framework (TEF) in den Sportmedaillenkategorien Bronze, Silber und Gold. Grundsätzlich wird ein gutes Abschneiden im TEF (Gold oder Silber) vorausgesetzt, damit vom akademischen Jahr 2017/2018 an höhere Studiengebühren als die bis dato meist geltenden 9.000 Pfund, nämlich 9.250 Pfund im Bachelorstudium für britische und (noch) für EU-Studierende erhoben werden können. Dem TEF zugrunde gelegt wird die Studierendenzufriedenheit, wobei die Qualität der Lehre und spätere Berufsaussichten und Verdienstmöglichkeiten die wichtigsten Kriterien sind. Gerade forschungsintensive "Russell Group"-Universitäten fürchten im TEF schlechter abzuschneiden.

Die Ergebnisse der 2. TEF-Runde, veröffentlicht im Juni 2018, in der Übersicht: 54 Universitäten erhielten eine Gold-, 68 eine Silber- und 17 eine Bronzemedaille. Beurteilt wurden ausschließlich Bachelorstudiengänge. Die Kriterien stammen aus sechs verschiedenen Bereichen und einer hochschuleigenen Stellungnahme. Das [THE-Magazin](#) fasste die Resultate wie folgt zusammen:

"A rating of gold means that a university has demonstrated the highest-quality teaching standards and is consistently outstanding. The institution provides outstanding outcomes for students from all backgrounds, particularly in terms of retention and progression. The university also offers students outstanding physical and digital resources.

A silver rating means that the university is high quality and regularly exceeds the baseline quality expected of higher education institutions in the same categories listed above.

A bronze rating means that the provision of the university is of satisfactory quality. Most students will achieve good outcomes, but the provider is performing significantly below the benchmark in one or more areas."

Der HERA legte auch die Gründung des "Office for Students" (OfS) fest, einer neuen Aufsichtsbehörde, die im April 2018 offiziell ihre Arbeit aufgenommen und dabei unter anderem den "Higher Education Funding Council for England" (HEFCE) abgelöst hat. Gleichzeitig wurden die sieben fachlich strukturierten Research Councils in einer neuen Einrichtung, "United Kingdom Research and Innovation" (UKRI), zusammengeschlossen. Das OfS ist für Qualität und Standards im Hochschulsektor verantwortlich und führt die TEF-Erhebung durch. Es hält außerdem ein Register der Anbieter im tertiären Bildungsbereich vor und wacht darüber, welche Einrichtungen Hochschulstatus haben beziehungsweise – im Falle sogenannter "new providers" – künftig erhalten werden. Das neue Gesetz macht es neuen Hochschul Anbietern insgesamt leichter, Universitätsstatus zu erlangen und entsprechende Abschlüsse zu vergeben. Gleichzeitig hat das OfS weitgehende Befugnis, Rechte, die mit dem Hochschulstatus verknüpft sind, im Einzelfall zu verweigern, zu widerrufen oder die Vergabepaxis zu variieren.

Eine delikate Aufgabe stellt die "Kontrolle" der Gehälter der Vice-Chancellors dar. Sie sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, und es gab diverse Skandale um die Art und Weise ihres

Zustandekommens. Im Durchschnitt liegen sie jährlich bei gut 270.000 Pfund, überschreiten indes vielfach die Marke von 400.000 Pfund im Jahr. Dass es sich bei diesem Thema nicht um Petitionen handelt, unterstrich im Dezember 2017 das Times Higher Education Magazine (THE). Aufgrund der Gehaltsentwicklung der Vice-Chancellors einerseits und zumeist stagnierender Gehälter der Lehrenden und Forschenden sowie immenser Gebührenschulden der Studierenden andererseits, stehe die Glaubwürdigkeit des gesamten Hochschulsektors auf dem Spiel, so THE.

Das OfS übernimmt auch die Funktionen des bisherigen "Office for Fair Access" (OFFA). Universitäten sind ab sofort verpflichtet, Informationen über ihre individuellen Zulassungskriterien zu veröffentlichen. Dem OfS wurde zudem die Befugnis gegeben, die finanzielle Tragfähigkeit der Hochschulanbieter zu überwachen und soll mittelfristig deren Effizienz verbessern. Inwieweit das OfS die zahlreichen neuen beziehungsweise neu strukturierten Anforderungen tatsächlich erfüllt, soll bereits 2019 überprüft werden.

International ist der gesamte Sektor als Qualitätsprodukt [Education is GREAT Britain](#) Teil einer regierungsseitigen Kampagne und wird entsprechend beworben.

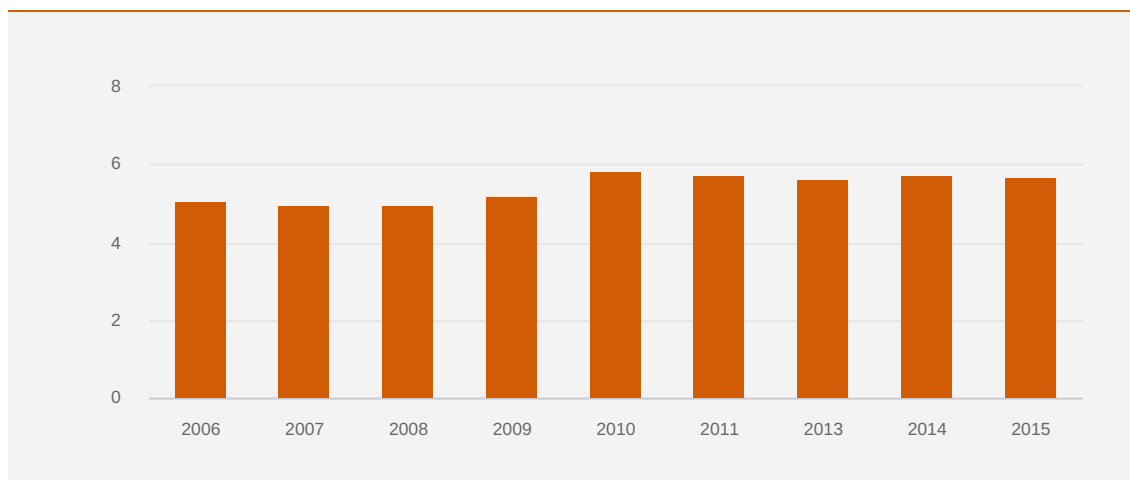
Quelle:

- [Higher Education and Research Act 2017](#)

c. Finanzierung der Hochschulen

Diagramm 6: **Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) in Prozent des BIP**

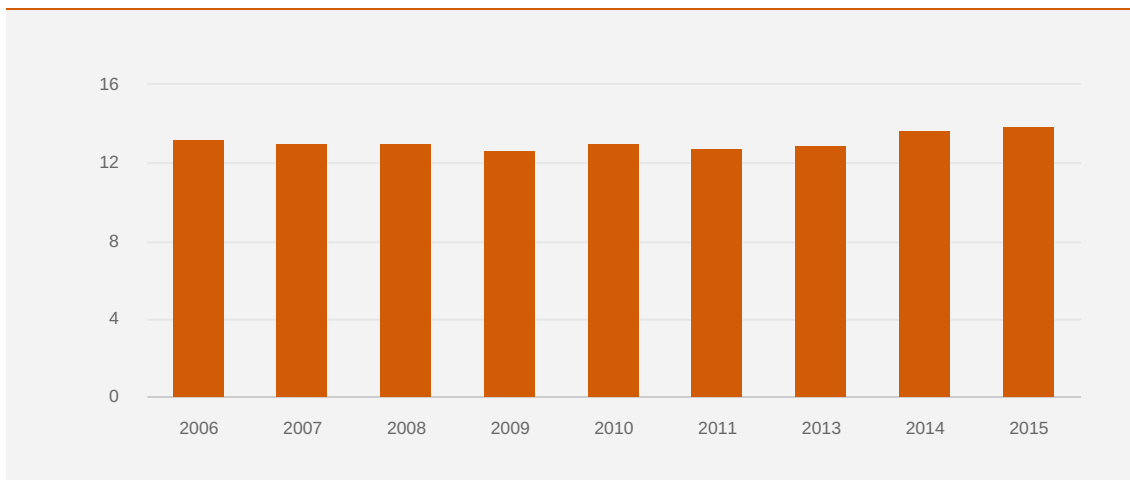
in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 7: Anteil der jährlichen Bildungsausgaben in Prozent der Regierungsausgaben insgesamt

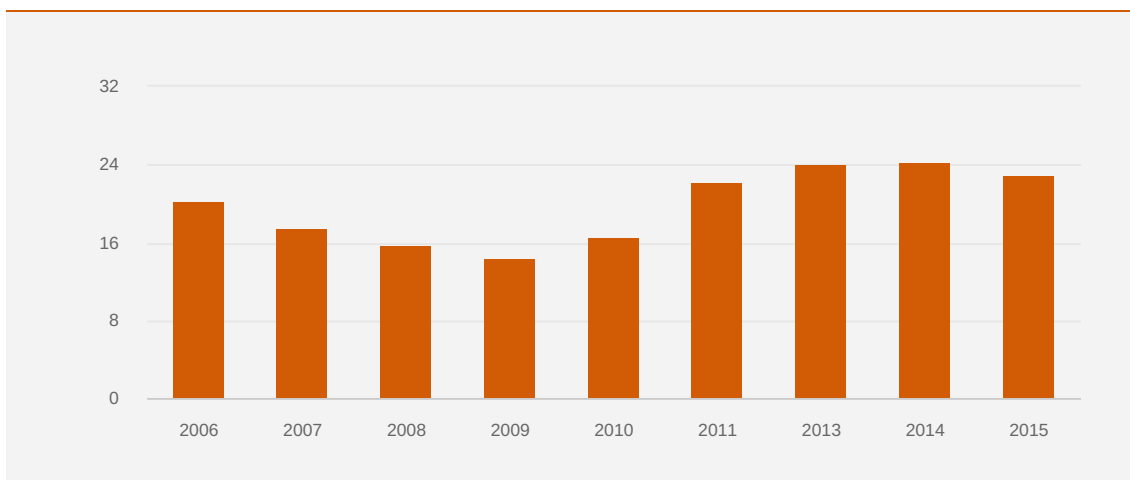
in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 8: Anteil der jährlichen Ausgaben für tertiäre Bildung in Prozent der Regierungsausgaben für Bildung insgesamt

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 10: Bildungsausgaben	in Prozent
Gesamtgesellschaftliche Bildungsausgaben (öffentlich) in Prozent des BIP (2015)	5,68
Im Vergleich: Deutschland (2014)	4,95
Anteil der jährlichen Bildungsausgaben in Prozent der Regierungsausgaben insgesamt (2015)	13,88
Im Vergleich: Deutschland (2014)	11,14
Anteil der jährlichen Ausgaben für tertiäre Bildung in Prozent der Regierungsausgaben für Bildung insgesamt (2015)	22,82
Im Vergleich: Deutschland (2014)	26,59

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#), [UNESCO Institute of Statistics](#), [UNESCO Institute of Statistics](#)

Die von der öffentlichen Hand getragenen Bildungsausgaben sind in den letzten Jahren insgesamt zurückgegangen. Gemessen am BIP sank ihr Anteil im Zeitraum 2011/2012 bis 2015/2016 von 5,3 auf 4,4 Prozent. Eine Studie der European University Association (EUA) stellte zudem fest, dass innerhalb der EU die öffentlichen Ausgaben im Hochschulsektor des Vereinigten Königreichs zusammen mit Irland, Serbien, Slowenien und Griechenland in den Jahren 2012 bis 2016 die höchsten Einbußen erlitten haben.

Im Jahr 2013 wurden laut OECD 57 Prozent aller Ausgaben für tertiäre Bildung von öffentlicher Stelle getätigt, während 43 Prozent aus privater Quelle stammten, inklusive und mehrheitlich aus Studiengebühren.

Laut neueren Zahlen machten 2015/2016 Studiengebühren 48,4 Prozent der Einnahmen britischer Hochschulen aus. Ihr Anteil lag damit 8,2 Prozent höher als noch 2014/2015.

Britische Universitäten dürfen seit 2012 bis zu 9.000 Pfund und seit 2017, sofern die TEF-Ergebnisse (siehe oben) es zulassen, sogar 9.250 Pfund für einen grundständigen Studiengang erheben. Die Gebühren sind sowohl von Studierenden aus dem UK als auch von Studierenden aus der EU zu entrichten. Nur 22 Prozent der Universitäten verlangen geringere Studiengebühren, so dass der Durchschnitt 2014/2015 bei 8.735 Pfund lag. Ausnahmen gelten für Studierende aus Schottland und Studierende aus der EU, die in Schottland studieren und dort keine Studiengebühren bezahlen müssen. Da schottische Universitäten von schottischen und EU-Studierenden keine Studiengebühren verlangen, ist die Zahl dieser gebührenfreien Plätze staatlich begrenzt. Studierende aus England und Wales müssen diejenige Rate bezahlen, die sie an einer englischen oder walisischen Universität entrichten müssten. Für die beiden wesentlich kleineren Landesteile Wales und Nordirland gilt: Studierende aus Wales und EU-Ausländer bezahlen an walisischen Universitäten maximal 4.046 Pfund, da die Regierung pro Student einen Anteil von 4.954 Pfund übernimmt. In Nordirland müssen Nordiren und EU-Studierende maximal 3.925 Pfund an Studiengebühren entrichten (Stand Mitte 2018).

Für sogenannte "overseas students" (von außerhalb der EU) sind die Studiengebühren wesentlich höher, und die Bandbreite ist fach-, kurs- und hochschulbedingt groß.

Quellen:

- [OECD Education at a Glance 2016: United Kingdom](#); S. 3
- [Education and Training Statistics for the United Kingdom 2016](#)

- [EUA](#)
- [OECD: Education At A Glance 2016](#)
- [HESA: Tabelle D](#)
- [Student Finance Wales](#)
- [Student Finance Northern Ireland](#)

d. Hochschulen und Wirtschaft

Forschungskooperationen zwischen Hochschulen und Industrie existieren in vielen Fachbereichen, allerdings hauptsächlich in den MINT-Fächern. Das Vereinigte Königreich belegt den vierten Platz im World Economic Forum Ranking für Hochschul-Industrie-Kooperationen in Forschung und Entwicklung 2015 bis 2016.

Im "Dowling Report" der Royal Academy of Engineers (Juli 2015) wird empfohlen, Kooperationen zwischen Hochschulen und Industrie zu stärken, weil diese für die langfristige Industriestrategie des Landes von zentraler Bedeutung sind. Laut dem Bericht sollten insbesondere langfristige Kooperationen entwickelt werden (die Mehrheit der existierenden Kooperationen sind eher kurzfristige Forschungsprojekte). Die Meinungen zur Zusammenarbeit sind in Hochschulen und in der Industrie nicht identisch. Chancen für Kooperationen werden beiderseits vor allen Dingen in strukturierten Promotionsprogrammen gesehen, die im Wesentlichen von den Research Councils (in etwa vergleichbar mit der DFG), die seit Frühjahr 2018 in UKRI zusammengefasst sind, finanziert werden.

Quellen:

- [World Economic Forum Global Competitiveness Report 2015-2016](#)
- [The Dowling Review of Business-University Research Collaborations, July 2015](#)

e. Relevante Institutionen

Die Zuständigkeit für Hochschulfragen liegt im UK bei den Departments for Business, Energy and Industrial Strategy (BEIS) und dem Department for Education (DfE). Die meisten Studierenden auf Bachelorniveau (Briten und EU-Ausländer) sind zu einem Studienkredit – dem sogenannten "Student Loan" – berechtigt, der nach dem Studium einkommensabhängig zurückgezahlt werden muss. Dieser Studienkredit wird vorwiegend von staatlicher Seite durch die [Student Loans Company](#) (SLC) bereitgestellt. Seit 2016 können auch Masterstudierende eine solche Förderung erhalten. Sie ist ebenfalls zurückzuzahlen. Laut veröffentlichten Zahlen vom Frühjahr 2017 belaufen sich die Verbindlichkeiten gegenüber der SLC in der Summe auf gut 100 Mrd. Pfund, Tendenz steigend. Mittel- bis langfristig wird mit Rückzahlungsausfällen zwischen 40 Prozent (positive Annahme) und 60 Prozent (negative Voraussage) gerechnet, unter anderem weil ab dem 55. Lebensjahr die Zahlungsverpflichtung erlischt. Im Vergleich mit anderen Lebens- und Geschäftsbereichen liegen die Zinsen der SLC mit aktuell 6,1 Prozent auf einem hohen Niveau.

Das Studienkreditfinanzierungsmodell hat es dem britischen Staat in den letzten Jahren ermöglicht, sich weitgehend aus der Finanzierung, dies gilt besonders für die Lehre, zurückzuziehen und den öffentlichen Haushalt zu entlasten. Der noch bis April 2018 bestehende und danach im neuen "Office for Students" aufgehende [Higher Education Funding Council for England](#) (HEFCE) erhält als öffentliches Organ jährlich seine Mittel (2016/2017: 3,7 Milliarden Pfund), aus denen er insgesamt 322 tertiären Einrichtungen Fördergelder zur Verfügung stellt. Darunter sind 110 Universitäten und Colleges mit universitärem Profil. Insgesamt 142 durch HEFCE geförderte Institutionen können Abschlüsse vergeben. Universitäten in Schottland, Wales und Nordirland werden durch äquivalente Organisationen gefördert. Seit der Erhöhung der Studiengebühren im Jahr 2011 machten die Fördergelder von HEFCE für die Mehrheit der Hochschulen einen deutlich geringeren Anteil ihrer Gesamtförderung aus; der Hauptteil besteht jetzt aus Studiengebühren.

Es gibt verschiedene Hochschulverbände im UK, unter anderem die sogenannte "Russell Group", ein Hochschulzusammenschluss aus 24 prestigeträchtigen und forschungsorientierten Universitäten, der sich in etwa mit den Verbänden "German U15" und "TU9" oder der amerikanischen "Ivy League" vergleichen lässt. Einige der nach 1992 entstandenen Universitäten (frühere Polytechnics) und University Colleges sind in der "Mission Group Million+" vertreten (20 Mitglieder), die sich als moderne Universitäten mit einem zeitgemäßen Studienangebot ("Higher Education for the 21st Century") verstehen und einen fairen Zugang zum Studium für alle propagieren.

Neben den beiden genannten Interessengruppen "Russell Group" und "Million+" hat sich 2007 eine Gruppe von aktuell 18 Universitäten zur "University Alliance" zusammengeschlossen. Sie hat sich Innovation und Unternehmertum auf die Fahnen geschrieben. Unabhängig von diesen verschiedenen Interessengruppen ist [Universities UK](#) (UUK) das Sprachrohr der britischen Hochschulen und deren Leitungen. 136 von insgesamt 162 tertiären Bildungsanbietern sind Mitglied von UUK. Die Vereinigung ist im Wesentlichen äquivalent zur HRK zu sehen.

Quellen:

- [HEFCE](#)
- [UUK](#)

f. Merkmale und Unterschiede von Hochschultypen

Derzeit gibt es 162 Hochschulen im Vereinigten Königreich, die akademische Abschlüsse vergeben dürfen ("[recognised bodies](#)"). Eine Datenbank für die Studiengänge aller Hochschulen findet sich auf der [Website des Universities and Colleges Admissions Service](#) (UCAS), der zentralen Bewerbungsstelle für die Zulassung zum Studium.

Es gibt im UK drei maßgebliche Rankings, die allesamt jährlich erscheinen:

- [Good University Guide](#) der Tageszeitung The Times
- [World University Ranking](#) des Times Higher Education Magazine
- [The Guardian University League Tables](#)

Britische Hochschulen lassen sich in folgende Gruppen unterteilen:

"Ancient universities" (Alte Universitäten), deren Gründungen auf das Mittelalter und die frühe Neuzeit zurückgehen. Hierzu zählen die Universitäten in Oxford, Cambridge, St. Andrews, Glasgow und Aberdeen. Sie bieten in der Regel das gesamte Spektrum traditioneller akademischer Fachrichtungen ab und sind Mitglieder der forschungsorientierten Russell Group.

"Red-Brick Universities", nach den für sie typischen Backsteinfassaden benannt. Sie wurden Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den großen Industriezentren gegründet, ursprünglich mit einem Schwerpunkt auf Ingenieurwesen und Naturwissenschaften. Ihre forschungsorientierten Institutionen gehören heutzutage ebenfalls der Russell Group an. Zu ihnen zählen die Universitäten in Birmingham, Liverpool, Manchester, Leeds, Sheffield und Bristol.

"Plate-Glass Universities", euphemistisch benannt nach den für die 1960er Jahre typischen, mit Glasflächen versetzten Betonbauten. Die Neugründung von acht Universitäten erfolgte um die Mitte der 1960er Jahre infolge eines Aufrufs der Regierung (Robbins Report) nach Erweiterung des Hochschulwesens. Zu ihnen zählen die Universitäten von East Anglia, Essex, Kent, Lancaster, Sussex, Warwick, York und die Universität Aston. Weitere zehn Institutionen, deren Gründung weit früher liegt, die aber in den 1960er Jahren erst Universitätsstatus erhalten haben, werden häufig dieser Gruppe zugeordnet.

"Post-1992 Universities" (auch Neue Universitäten genannt), die sich größtenteils aus ehemaligen "Polytechnics" (vergleichbar mit Fachhochschulen) bzw. "Central Institutions" (Schottland) und "Teacher Training Colleges" (vergleichbar mit den Pädagogischen Hochschulen, die allerdings keinen Universitätsstatus mit Promotions- und Habilitationsrecht aufweisen) zusammensetzen. Ihr Schwerpunkt liegt meist weniger auf Forschung als auf der Vermittlung von "taught courses" und

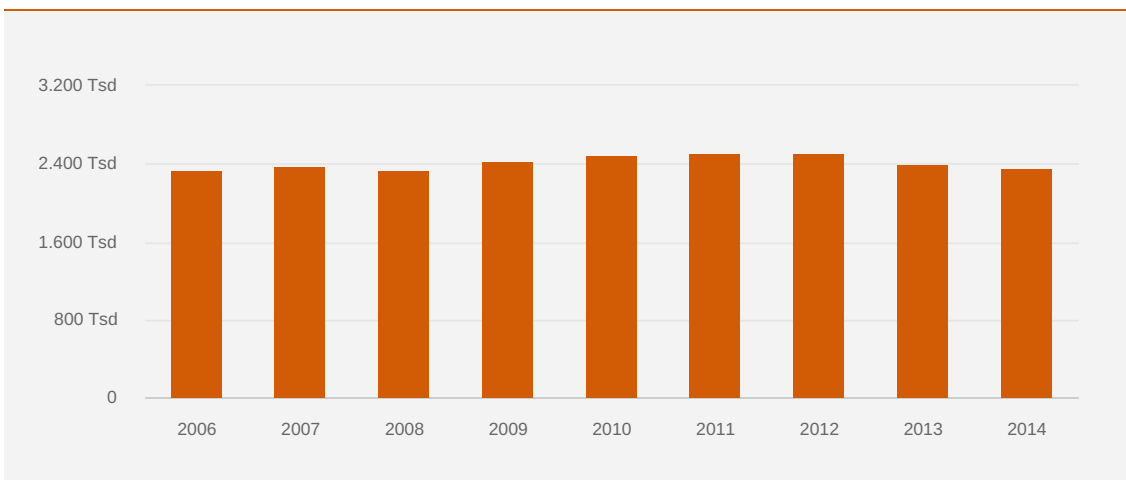
"vocational courses" (berufsbezogenen Studiengängen), zum Teil in Form sogenannter "short cycle programmes", deren Qualifikation unterhalb des Bachelors anzusiedeln ist (zum Beispiel "foundation degree", "higher national diploma"). Viele Post-1992 Universities sind in der "Mission Group Million+" vertreten, die sich für fairen Zugang zum Studium für alle einsetzt.

Kunst-, Musik- und Landwirtschaftshochschulen

In Anbindung an die oben genannten Universitäten gibt es im Vereinigten Königreich über 700 Colleges, die selbst nicht über "degree awarding powers" verfügen, deren Kurse aber über eine Hochschule mit "degree awarding powers" validiert werden und somit genauso anerkannt sind.

g. Aufbau und Struktur des Studiensystems

Diagramm 9: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden



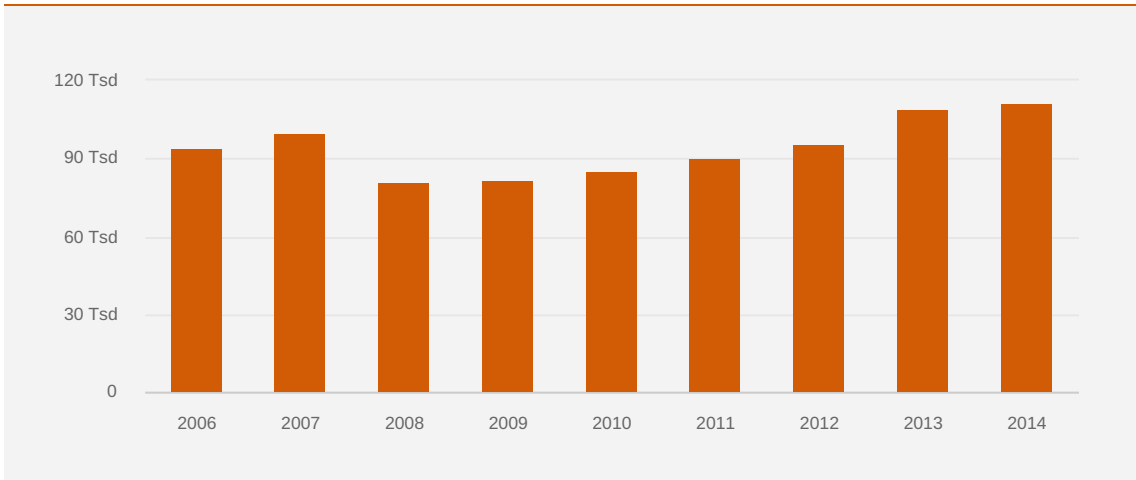
Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 11: Anzahl der eingeschriebenen Studierenden

Vereinigtes Königreich (2014)	2.352.932
Im Vergleich: Deutschland (2014)	2.698.910

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics \(Vereinigtes Königreich\)](#), [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online \(Deutschland\)](#)

Diagramm 10: Anzahl der Doktoranden



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

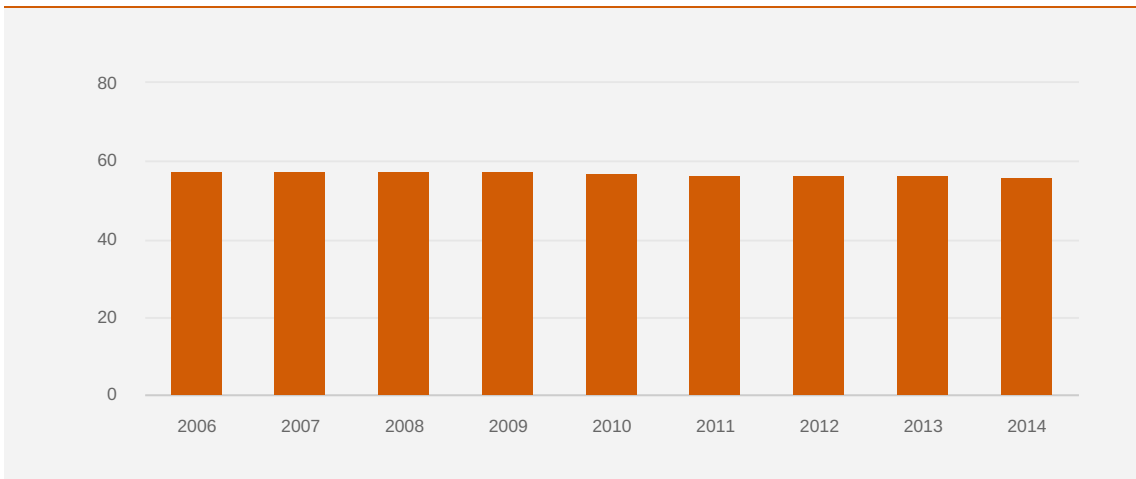
Kennzahl 12: Anzahl der Doktoranden

Vereinigtes Königreich (2014)	111.395
Im Vergleich: Deutschland (2014)	214.700

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 11: Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

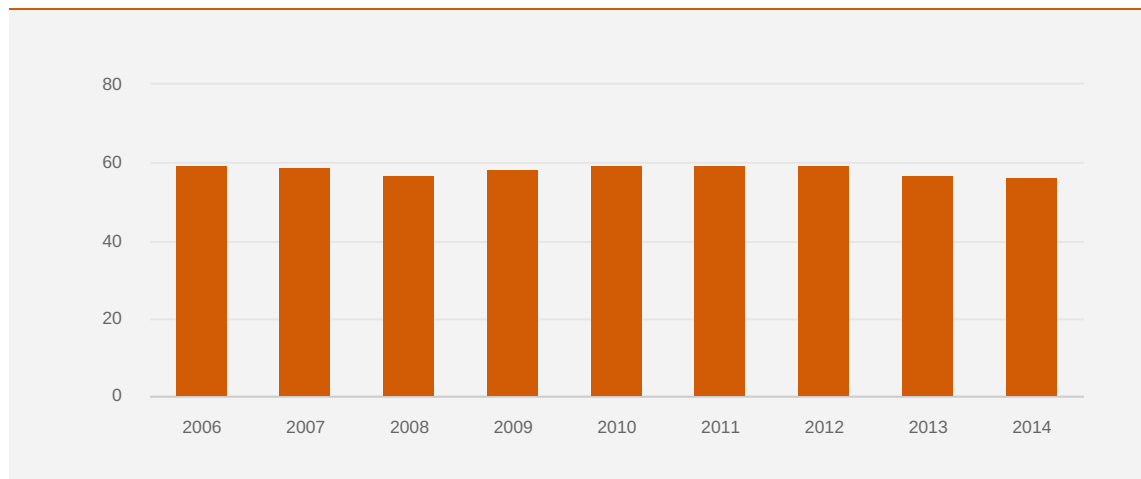
Kennzahl 13: **Frauenanteil an Studierenden (alle Studienstufen)** in Prozent

Vereinigtes Königreich (2014) **55,96**

Im Vergleich: Deutschland (2014) **47,80**

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics \(Vereinigtes Königreich\)](#) , [Statistisches Bundesamt. Genesis-Online \(Deutschland\)](#)

Diagramm 12: **Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)** in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

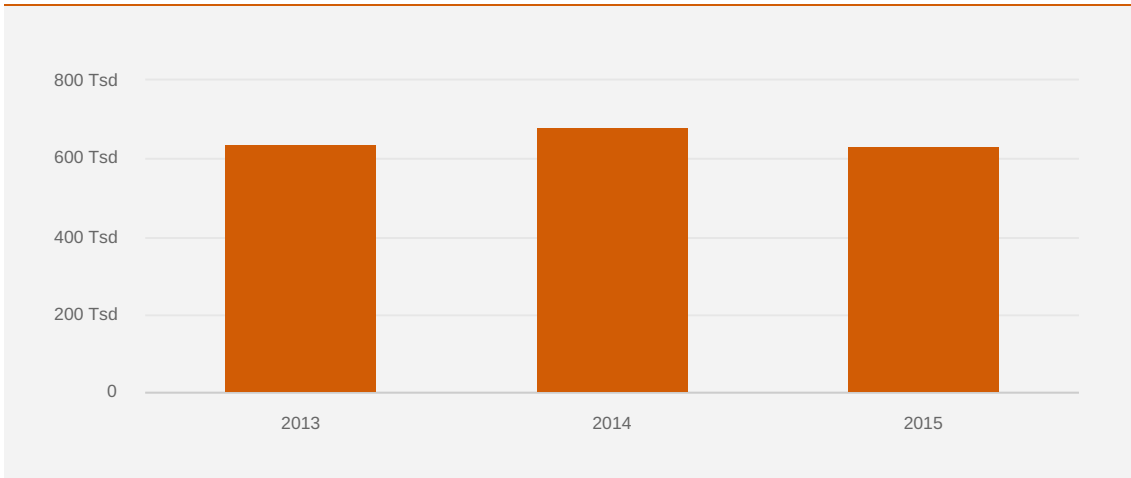
Kennzahl 14: **Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)** in Prozent

Vereinigtes Königreich (2014) **56,48**

Im Vergleich: Deutschland (2014) **65,47**

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 13: Absolventen BA und MA



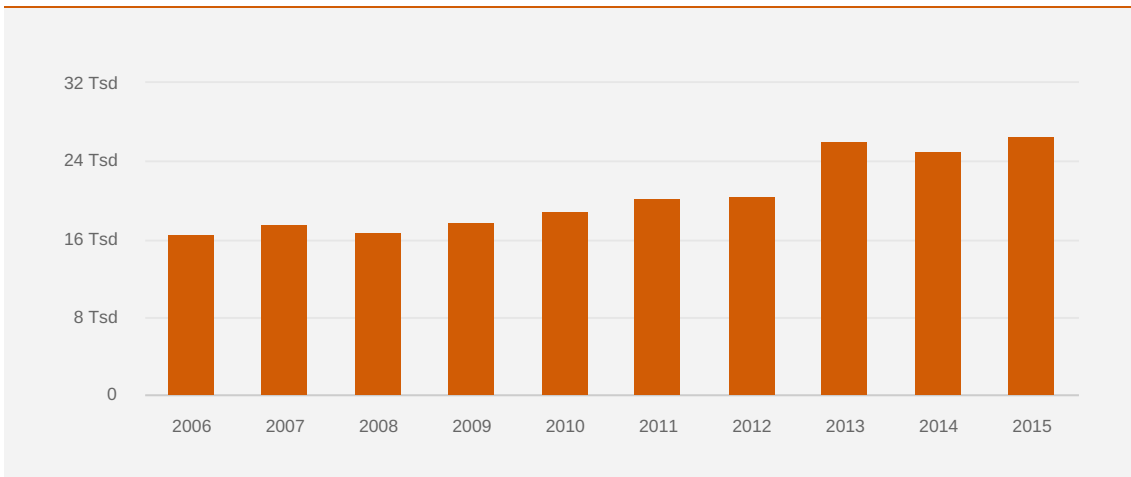
Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 15: Absolventen BA und MA

Vereinigtes Königreich (2015)	628.317
Im Vergleich: Deutschland (2015)	359.288

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics \(Vereinigtes Königreich\)](#), [Statistisches Bundesamt \(Deutschland\)](#)

Diagramm 14: Absolventen PhD



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 16: Absolventen PhD

Vereinigtes Königreich (2015)

26.636

Im Vergleich: Deutschland (2015)

29.218Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Die Studierendenzahlen im Vereinigten Königreich sind bis 2011, dem letzten Jahr vor der Erhöhung der Studiengebühren, insgesamt gestiegen. Seit dem zwischenzeitlichen Absinken auf das Niveau von 2006 wuchsen sie ab 2015 erneut auf. Die Absolventenzahlen sind über die letzten zehn Jahre insgesamt gestiegen, während die Abbrecherquote im gleichen Zeitraum abgenommen hat. Sie lag zwischen 2014 und 2015 bei 7,4 Prozent (für UK-Studierende im ersten Studienjahr des Bachelorstudiums).

Studierendenzahlen in der Übersicht (2016/2017):

Insgesamt eingeschrieben: 2,32 Millionen, davon:
grundständig studierend: 1,76 Millionen
postgradual studierend: 551.585

in Vollzeit studierend: 1,8 Millionen
in Teilzeit studierend: 518.930

Studierende aus dem UK: 1,87 Millionen
Studierenden aus der EU: 134.835
Studierende von außerhalb der EU: 307.540

Das UK ist Teil des Bologna-Systems, vollzieht dieses aber nicht komplett. Das Studium ist in zwei deutlich voneinander abgegrenzte Bereiche eingeteilt, der erste stark strukturierte Studienabschnitt ("undergraduate studies") schließt in der Regel nach meistens drei oder seltener vier Jahren mit dem Bachelor Degree ab. Danach folgen die "postgraduate studies", die nach meistens einem Jahr, deutlich seltener nach zwei Jahren, mit dem Masterabschluss oder anderen postgradualen Diplomen abschließen. Nach weiterer mindestens dreijähriger Forschungsarbeit kann der Grad des Doctor of Philosophy (Ph.D) erlangt werden.

Um später an einer Schule zu unterrichten, kann man entweder einen Bachelor of Education erlangen oder nach einem ersten Abschluss einen einjährigen Aufbaustudiengang (zum Beispiel Postgraduate Certificate in Education - PGCE) absolvieren. Letzteres trägt, in kompakterer Form, Züge des Referendariats für den Schuldienst in Deutschland.

Die meisten Medizinstudiengänge im Vereinigten Königreich dauern fünf oder sechs Jahre und enden mit der Verleihung eines Bachelor of Medicine beziehungsweise Bachelor of Surgery. An manchen Universitäten (Cambridge, Oxford, University College London, Imperial College London, St Andrews) erhält man zusätzlich nach dem dritten oder vierten Jahr des Studiums den Abschluss BA oder BSc in einem naturwissenschaftlichen Fach.

Das Studienjahr beginnt in der Regel Ende September/Anfang Oktober und endet im Juni. Es ist oft in Trimester, seltener in Semester eingeteilt.

Die Veranstaltungsformate und auch die Wahlfreiheit unterscheiden sich stark je nach Universität und Fach, so dass es schwierig ist, dazu eine allgemeine Aussage zu treffen. Generell gibt es sowohl Vorlesungen mit Klausuren als auch kleinere Seminare oder Tutorials, in denen Studierende kritisches und wissenschaftliches Denken lernen und Essays verfassen müssen.

Auch das Verhältnis zwischen Hochschullehrern und Studierenden variiert je nach Universität und Fach. Laut OECD liegt das Vereinigte Königreich mit 17 Studierenden pro Hochschullehrer im

OECD-Durchschnitt (ebenfalls 17:1) und deutlich über dem Verhältnis an deutschen Universitäten (12:1), doch innerhalb des Landes schwankt diese Zahl sehr. An einigen der Top-Universitäten liegt das Betreuungsverhältnis bei unter zwölf Studierende pro Hochschullehrer, dort bestehen noch engere Kontakte zwischen dem Lehrpersonal und den Studierenden, und der Unterricht findet in kleineren Gruppen statt. An den meisten Universitäten gibt es außerdem persönliche Tutoren, die den Studierenden in universitären und auch privaten Belangen zur Seite stehen. Diese Aufgabe ("pastoral care") hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen, unter anderem durch den Umstand, dass Studierende zu Beginn des Studiums sehr jung sind, oft zum ersten Mal für längere Zeit das Elternhaus verlassen und hohe Gebühren zahlen. Letzteres führt dazu, dass Studierende sich wesentlich stärker denn früher als Kunden der Hochschule sehen. Die Zahl derjenigen Studierenden ist merklich gestiegen, die über fachliche und persönliche Belange hinaus spezielle Hilfsangebote, wie sie etwa psychologische Beratungsstellen an Hochschulen vorhalten, in Anspruch nehmen.

Quelle:

- [OECD: Education at a glance](#); S. 403

Die Arbeitslosenquote hängt stark mit dem Bildungsniveau zusammen: der Anteil der als arbeitslos gemeldeten jungen Erwachsenen mit Hochschulabschluss ist deutlich niedriger als der ohne Hochschulabschluss. Die Schlussfolgerung ist, dass die Arbeitsmarktperspektive von Hochschulabsolventen wesentlich besser ist. Insgesamt liegt die Arbeitslosenquote von Personen ohne Hochschulabschluss gegenüber Hochschulabsolventen fast doppelt so hoch, und die Erwerbstätigenquote bei Hochschulabsolventen ist deutlich höher. Natürlich sind die Berufsaussichten auch stark von der jeweiligen Branche abhängig. Während die Perspektiven im medizinischen und naturwissenschaftlich-technischen Bereich sehr gut sind, ist die Erwerbstätigenquote bei Absolventen der fremdsprachlichen und geisteswissenschaftlichen Fächer niedriger. Verschiedene Studien besagen, dass die Zahl von akademisch Gebildeten in Berufsfeldern zugenommen hat, die nicht notwendigerweise ein Studium erfordern.

Mehr als 90 Prozent aller Absolventen waren im Jahr 2015/2016 innerhalb von sechs Monaten nach dem Abschluss entweder berufstätig oder befanden sich in einem weitergehenden Studium. Für 2016 erhoben wurde, dass Menschen im arbeitsfähigen Alter zwischen 16 und 64 mit einem akademischen Abschluss durchschnittlich 9.500 Pfund mehr im Jahr verdienen als solche ohne tertiäre Qualifikation.

Quelle:

- [Graduate Labour Market Statistics 2016](#), S. 9

Eine Promotion dauert in der Regel drei Jahre. Alle Universitäten (das heißt alle Institutionen mit "degree awarding power") haben das Recht, Dokortitel zu vergeben.

Es gibt vier Akademien der Wissenschaft im Vereinigten Königreich: The Royal Society (Naturwissenschaften), The British Academy (Geisteswissenschaften), The Royal Historical Society (Geschichte) und The Royal Society of Edinburgh (Wissenschaft in Schottland). Diese Akademien unterstützen und fördern Forschung und wissenschaftliche Aufgaben im Vereinigten Königreich. Sie fördern unter anderem Forschungsprojekte, organisieren Vorlesungen und Veranstaltungen und sind allgemeine Vertreter der wissenschaftlichen Interessen des Landes. Die Royal Society berät (bislang) zum Beispiel die EU-Kommission im wissenschaftlichen Bereich. Die Royal Society und die British Academy werden beide von der Regierung durch das Department for Business, Energy and Industrial Strategy (BEIS) gefördert, aber auch durch private Quellen, zum Beispiel durch Spenden.

Strukturierte Promotionen werden im Vereinigten Königreich überwiegend an "Doctoral Training Centres" (DTCs) angeboten. Für jedes DTC ist eine Universität zuständig. Promotionen an DTCs dauern in der Regel vier Jahre, wobei in vielen Fällen das erste Jahr einem Masterstudium entspricht (ein Jahr Master und drei Jahre Promotion). In vielen Fällen erhalten britische

Studierende, die an einem DTC promovieren, ein durch die UK Research Councils finanziertes Vollstipendium. Dies gilt auch für Ausländer, sofern sie seit mindestens drei Jahren ihren festen Wohnsitz im Vereinigten Königreich haben, der Aufenthalt nicht begrenzt ist und sie nicht hauptsächlich zu Studienzwecken dort wohnen.

Zulassungskriterien, auch sprachlicher Natur, werden generell von den Universitäten bestimmt. Da grundsätzlich auch für das Promotionsstudium Studiengebühren (im Regelfall 4.250 Pfund) erhoben werden, ist die Zulassung oft vom Zugang zu Fördermitteln abhängig.

h. Hochschulzugang

Die Vergabe beinahe aller Erststudienplätze wird im Vereinigten Königreich über eine zentrale Bewerbungsstelle, den Universities & Colleges Admissions Service (UCAS), geregelt. Zulassungskriterien werden von den Universitäten entschieden, üblicherweise sind aber die Noten der "A Levels" (ähnlich dem deutschen Abitur) und das Motivationsschreiben die wichtigsten Kriterien, zum Teil auch Empfehlungsschreiben von Lehrern. Kandidaten können sich maximal an fünf Universitäten beziehungsweise für fünf verschiedene Studiengänge bewerben.

In der Regel haben Studienanfänger 13 Schuljahre abgeschlossen, da die Schulpflicht im Alter von fünf Jahren beginnt. In einzelnen Fällen ist der Hochschulzugang auch nach weniger Jahren möglich.

Seit 2015 dürfen Universitäten so viele Studierende aufnehmen, wie es ihnen beliebt. Davor wurde die Zahl der zugelassenen Studienanfänger vom Staat begrenzt. Die Zahl der Studienanfänger auf Bachelorniveau lag im Jahr 2016/2017 bei 408.000, höher als je zuvor, und um 1 Prozent über der Zahl des Jahres 2015/2016 ([HEFCE](#)).

Um ein Studium im Vereinigten Königreich aufzunehmen, müssen ausländische Bewerber normalerweise über einen dem britischem Abschluss äquivalenten Schulabschluss verfügen und ausreichende englische Sprachkenntnisse vorweisen. Die meisten Hochschulen verlangen einen Sprachnachweis in Form eines Zertifikats (IELTS, ESOL, TOEFL, CAE, CPE, Cambridge Certificate). Die genauen Zulassungskriterien bestimmt jede Universität selbst. Gleiches gilt für eine Promotion im UK. Es ist mitunter möglich, eine Promotion direkt nach einem Bachelorabschluss zu beginnen, was jedoch stark vom Fach und der jeweiligen Universität abhängt.

Obwohl im Vereinigten Königreich nicht das ECTS-System angewandt wird, werden für Studienleistungen Credits vergeben.

i. Der Lehrkörper

2016/2017 waren 206.870 wissenschaftliche Mitarbeiter und Dozenten an britischen Universitäten angestellt, Doktoranden sind nicht mitgezählt. Die Zahl für den sogenannten "non-academic staff" lag im selben Zeitraum bei 212.840.

Der Ausbildungsstand des Lehrpersonals an britischen Hochschulen ist grundsätzlich mit dem an deutschen Hochschulen vergleichbar. Ein wesentlicher Unterschied ist jedoch, dass in Großbritannien bereits nach der Promotion selbstverantwortlich gelehrt und geforscht werden kann und keine weitere akademische Qualifikation (wie die Habilitation) erlangt werden muss. Darum ist auch die deutsche Unterscheidung zwischen Professoren und akademischem Mittelbau nicht anwendbar.

Die Durchschnittsgehälter von Akademikern (Professoren: 78.190 Pfund; andere "Senior Academics"-Titel: 82.321 Pfund; Durchschnittsgehalt im akademischen Bereich: 49.082 Pfund) lagen 2014/2015 deutlich über dem nationalen Durchschnittseinkommen von 25.600 Pfund, was eine Hochschulkarriere auch in finanzieller Hinsicht interessant macht.

30 Prozent des gesamten Lehr- und Forschungspersonals an britischen Hochschulen ist

international, davon etwas mehr als die Hälfte aus der EU. Die Universitäten des Landes sind auch für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler attraktive Arbeitgeber. Laut Datenerhebung der Higher Education Statistics Agency (HESA) bildeten sie bis 2016 die größte Gruppe (5.540) des internationalen akademischen Personals (exklusive Doktoranden und Administration) im Vereinigten Königreich aus allen 28 EU-Staaten. 2017 wurden Lehrende und Forschende aus Deutschland erstmalig von solchen mit italienischer Staatsbürgerschaft überholt, behalten indes eine starke zweite Position.

Der EU-Anteil an allen Wissenschaftlern, die an britischen Universitäten tätig sind, beträgt 17 Prozent, an forschungsstarken Institutionen deutlich über 20 Prozent. Es bleibt weiterhin abzuwarten, welche Folgen der "Brexit" für aktuell und zukünftig potentiell tätige Wissenschaftler aus der EU an britischen Universitäten haben wird. Eine im Januar 2018 veröffentlichte Studie der Online-Zeitung „The Independent“ besagt, dass die Zahl der Kündigungen von EU-Staatsangehörigen im britischen Wissenschaftsbetrieb nach dem Referendum vom Juni 2016 im Vergleich zum Zeitraum davor um 19 Prozent oder 2.300 Personen zugenommen hat. Offizielle Statistiken sind nicht zu erhalten; es zeichnet sich aber ab, dass a) Bewerbungen für vakante Positionen im Land aus der EU deutlich – genannt werden 50 Prozent und mehr – eingebrochen sind, b) Institutionen in Deutschland wesentlich mehr Bewerbungen auf offene Positionen von Deutschen, die bislang im UK forschend und lehrend tätig sind, erhalten. Dies betrifft vor allem die Professorebene. Die Organisation CASE (Campaign for Science and Engineering) veröffentlichte Ende März 2018 eine Studie, die die sinkende Attraktivität des Wissenschaftsstandortes bestätigt. Bewerbungen gingen demnach in der Breite zurück. Als Haupthindernis für Forscherinnen und Forscher aus der EU wird die fortbestehende Brexit-bedingte Unsicherheit genannt.

Quellen:

- [HESA](#)
- [Times Higher Education Pay Survey 2016](#)
- [ONS](#)

j. Akademische Schwerpunkte

Folgende Fächer wurden im Jahr 2016 am stärksten auf Bachelorniveau nachgefragt:

1. Krankenpflege: 234.760
2. Rechtswissenschaft: 121.050
3. Psychologie: 117.655
4. "Design Studies": 97.795
5. Informatik: 90.775
6. Management: 82.145
7. Business: 71.465
8. Medizin ("pre-clinical"): 74.860
9. Sportwissenschaft: 71.075
10. Geschichtswissenschaft: 59.410

Die fachlichen Prioritäten des Staats liegen vor allem bei den MINT-Fächern.

Im Jahr 2017 hat zudem die "UK Industrial Strategy" politisches Gewicht bekommen. Sie beinhaltet spezielle Fördermittel, "to bring together the UK's world leading research with business to meet the major industrial and societal challenges of our time".

Im Times Higher Education World University Ranking 2018 sind unter den Top 10 drei britische und sechs US-amerikanische Universitäten sowie eine schweizerische Hochschule (ETH Zürich, Rangplatz 10) vertreten. Die Universitäten Oxford und Cambridge belegen die ersten beiden Plätze, das Imperial College London den 8. Rangplatz.

Im europäischen Vergleich liegt das UK auch bei wissenschaftlichen Veröffentlichungen vorne: In

den Fächern Biologie, Computer-, Geo- und Gesundheitswissenschaften sowie in Psychologie und Sozialwissenschaften verzeichnen britische Universitäten die meisten wissenschaftlichen Veröffentlichungen, in Astronomie und Ingenieurwissenschaften liegen sie hinter den deutschen Hochschulen auf dem zweiten Platz. In den Fächern Mathematik, Chemie und Physik belegt Großbritannien hinter Frankreich und Deutschland den dritten Platz. Insgesamt entfällt eine große Mehrheit der britischen Publikationen auf die Fachbereiche Medizin und Gesundheitswissenschaften.

Im Bereich der Forschungsfinanzierung liegt das Vereinigte Königreich hinter den USA und Deutschland, bedingt durch eine geringere Bruttoinlandsaufwendung für Forschung und Entwicklung.

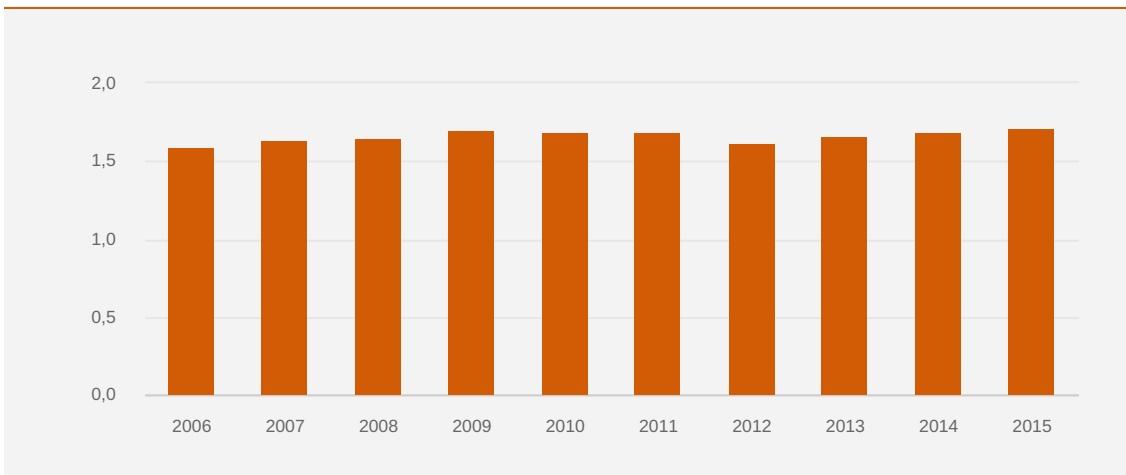
Quellen:

- [UCAS: Bewerberzahlen nach Fachrichtungen](#)
- [Regierungsbericht: Government outlines higher education funding priorities for 2015 to 2016](#)
- [THE World University Rankings 2018](#)
- [UNESCO Science Report: Towards 2030](#); S. 28; S. 260

k. Forschung

Diagramm 15: Anteil der Forschungsausgaben am BIP

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 17: Anteil der Forschungsausgaben am BIP

in Prozent

Vereinigtes Königreich (2015)	1,70
Im Vergleich: Deutschland (2015)	2,88

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 18: Anzahl der Patente in Naturwissenschaft und Technik (Residents)

Vereinigtes Königreich (2015)	14.867
Im Vergleich: Deutschland (2015)	47.384

Quelle: [The World Bank. World Development Indicators](#)

Kennzahl 19: Anzahl wissenschaftlicher Publikationen

Vereinigtes Königreich (2016)	182.849
Im Vergleich: Deutschland (2016)	164.242

Quelle: [SCImago Journal & Country Rank](#)

Kennzahl 20: Knowledge Economy Index (KEI)

Vereinigtes Königreich (2012)	14
Im Vergleich: Deutschland (2012)	8

Quelle: [The World Bank. Knowledge Economy Index](#)

Forschung findet im Vereinigten Königreich – anders als in Ländern mit starken außeruniversitären Forschungsinstituten – fast ausschließlich an den Universitäten statt. So ist Großbritannien mit einem Anteil von außeruniversitären öffentlichen Forschungseinrichtungen von etwa 20 Prozent deutlich mehr auf Hochschulforschung angewiesen als beispielsweise Deutschland (45 Prozent).

Die Rolle der Dachorganisation in Forschungsfragen nehmen im UK die sieben Research Councils ein, die eigene Forschungsinstitute unterhalten oder ihnen zugeordnete Einrichtungen unterstützen. Diese Research Councils, die jeweils einen anderen Fach- oder Fächerbereich abdecken, werden vom Government Office of Science, internationalen Organisationen und der Industrie finanziert. Im April 2018 wurden die Research Councils im Zuge der Neustrukturierung, wie sie der "Higher Education Reform Act" (HERA, siehe oben) vorsieht, in der Organisationsstruktur UK Research and Innovation (UKRI) zusammengefasst.

Etwa alle sechs Jahre (zuletzt 2014/2015) wird die Forschungsstärke britischer Hochschulen im "[Research Excellence Framework](#)" (REF, zuvor "Research Assessment Exercise" – RAE genannt) festgestellt. Vorbereitungen zum REF 2021 sind an britischen Einrichtungen bereits angelaufen. Die Bestimmungen unterschieden sich nur unwesentlich vom REF des Jahres 2014. Die REF-Ergebnisse sind mitentscheidend darüber, wieviel Forschungsgeld aus einem Budget von rund 2 Mrd. Pfund jährlich an die jeweiligen Institutionen und deren Fachbereiche fließen wird.

Im Hinblick auf wissenschaftliche Publikationen ist das Vereinigte Königreich in einem Großteil der Fachbereiche nach den USA führend, besonders in den Sozial- und Geisteswissenschaften sowie in der Medizin.

Der OECD-Messwert der Patente liegt 2014 bei 1807,77 (Rang 6 unter 36 OECD-Ländern).

Quellen:

- [Kooperation International: Länderbericht Großbritannien](#)
- [OECD Science, Technology and Industry Scoreboard 2015](#) : Country Notes United Kingdom
- [OECD Data: Triadic Patent Families](#)

I. Qualitätssicherung und -steigerung

Es gibt drei maßgebliche Rankings, die allesamt jährlich erscheinen:

- Good University Guide der Tageszeitung The Times
- World University Rankings des Magazins Times Higher Education
- The Guardian University League Tables

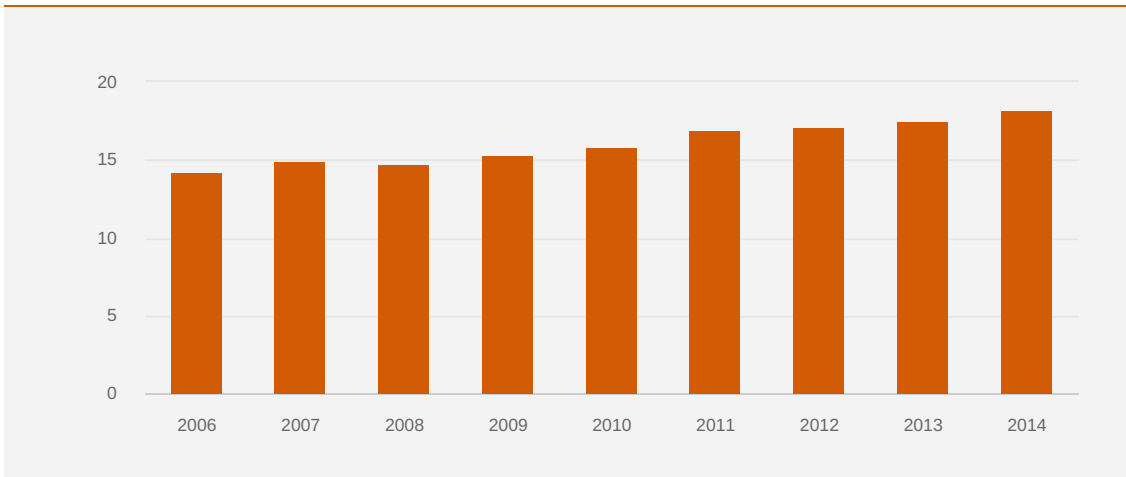
Die Quality Assurance Agency for Higher Education (QAA) ist ein unabhängiges Organ, das für die Qualitätssicherung von britischen Hochschulen zuständig ist und deren Qualitätsstandards überprüft. Des Weiteren berät die QAA den Privy Council (Kronrat) hinsichtlich der Vergabe der "degree awarding power" an Universitäten und Colleges. Die QAA ist Mitglied des European Quality Assurance Register for Higher Education (EQAR) und der European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQA).

3. Internationalisierung und Bildungskooperation

a. Internationalisierung des Hochschulsystems

Diagramm 16: Anteil ausländischer Studierender

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 21: Anteil ausländischer Studierender

in Prozent

Vereinigtes Königreich (2014)

18,22

Im Vergleich: Deutschland (2014)

11,50

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics \(Vereinigtes Königreich\)](#), [Wissenschaft weltoffen \(Deutschland\)](#)

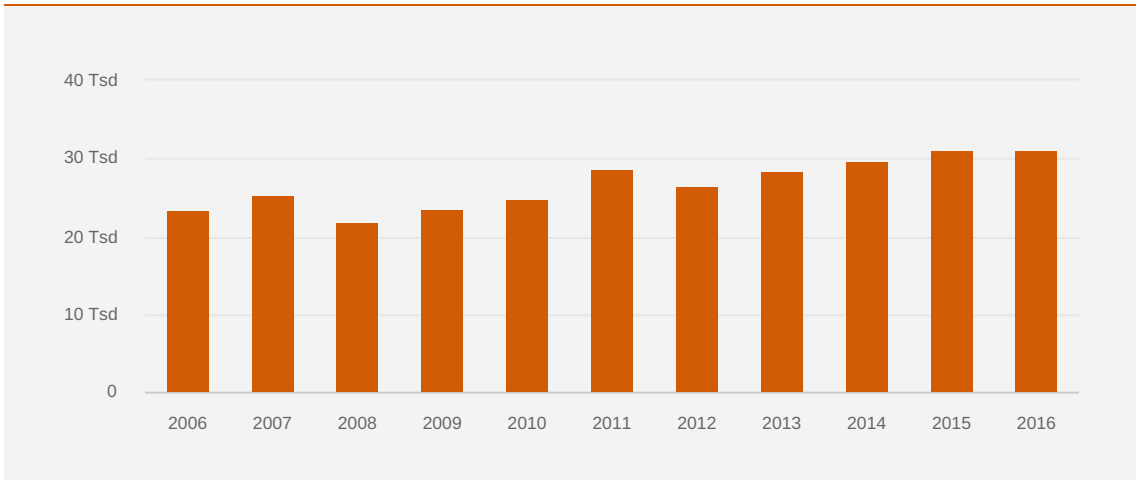
Kennzahl 22: Die wichtigsten fünf Herkunftsländer ausländischer Studierender

1. China
2. Indien
3. Nigeria
4. Malaysia
5. USA

7. Deutschland

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics \(2015\)](#)

Diagramm 17: Im Ausland Studierende (Anzahl)



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

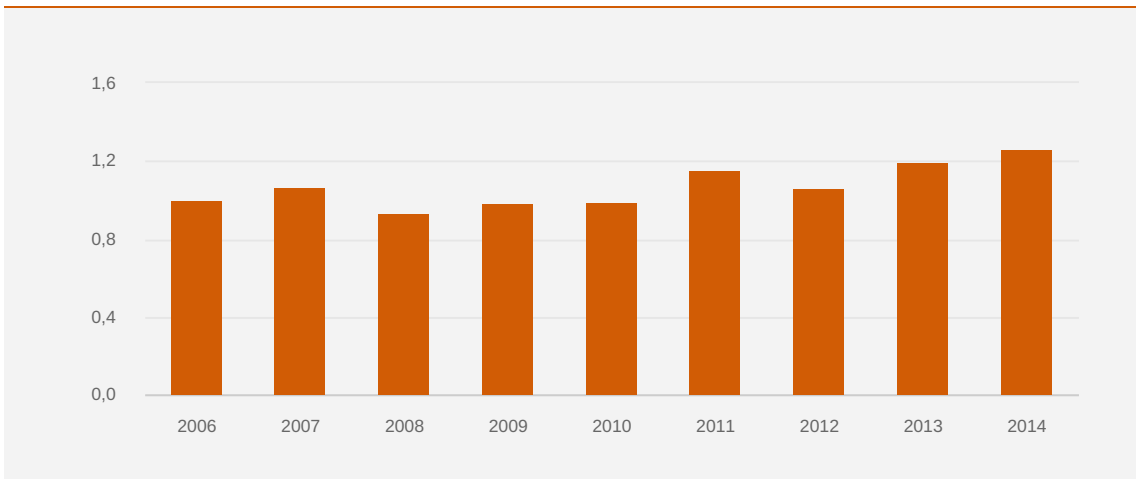
Kennzahl 23: Im Ausland Studierende (Anzahl)

Vereinigtes Königreich (2016)	31.078
Im Vergleich: Deutschland (2016)	116.342

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Diagramm 18: Im Ausland Studierende (Prozent)

in Prozent



Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 24: Im Ausland Studierende (Prozent)	in Prozent
Vereinigtes Königreich (2014)	1,26
Im Vergleich: Deutschland (2014)	4,03

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#)

Kennzahl 25: **Die fünf beliebtesten Zielländer für Studierende**

1. USA
2. Frankreich
3. Deutschland
4. Irland
5. Australien

Quelle: [UNESCO Institute of Statistics](#) (2015)

Akademische Internationalität hat in Großbritannien eine lange Tradition. Die Internationalisierung der britischen Hochschulen ist nicht zuletzt dadurch begünstigt und geprägt, dass die englische Sprache heute als die globale Verkehrssprache dient, unverzichtbar gerade auch für die Kommunikation in der Wissenschaftswelt.

Das Ausländerstudium ist zweifellos das hervorstechendste Merkmal der britischen Internationalisierung. 442.375 internationale Studierende stellten 2016/2017 19 Prozent der Studierendenpopulation. Die Zahl der EU-Studierenden lag im gleichen Zeitraum bei 6 Prozent, entsprechend 13 Prozent von außerhalb der EU. Die Hauptherkunftsländer außerhalb der EU sind China (90.215 Studierende), Malaysia (16.370), die USA (17.580), Indien (16.550) und Hong Kong (16.680). Innerhalb der EU sind Deutschland (13.735), Frankreich (13.560) und Italien (13.455) am stärksten vertreten.

Die Hochschulverwaltungen unterscheiden hierbei zwei Herkunftsgruppen: die den Briten rechtlich gleichgestellten EU-Staatsangehörigen und "echte" internationale Studierende. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe. Erstens unterliegen die von der Hochschule erhobenen Studiengebühren bei Nicht-EU-Bürgern im grundständigen Studium keiner staatlichen Beschränkung und können auch im postgradualen Studium in frei festgesetzter Höhe von den Gebühren für Briten und EU-Staatsangehörige abweichen. Zweitens dürfen die Universitäten so viele Studierende aus dieser Gruppe zulassen, wie es ihnen beliebt. Die Begrenzung der Höchstzulassungszahl von grundständig Studierenden an öffentlich finanzierten Hochschulen wurde 2015 aufgehoben. Das Vereinigte Königreich nimmt auch am Bologna-Prozess teil, vollzieht ihn aber nicht in allen Details.

Es ist noch nicht entschieden, welche Konsequenzen der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU für dieses Klassifizierungssystem ausländischer Studierender haben wird. Laut Zusage der britischen Regierung (Juli 2018) bleiben Bachelorkursbeginner aus der EU ab dem Jahr 2019/2020 für die gesamte Dauer des Kurses britischen Studierenden gleichgestellt, bei einem hier angenommenen dreijährigen Bachelorstudium also bis zum Ende des Studienjahres 2021/2022. Schottland, generell pro-europäischer eingestellt, hatte sich bereits zuvor bereit erklärt, ab 2019/20 EU-Staatsangehörige schottischen Studierenden gleichzustellen. Bei einem in Schottland üblicherweise vierjährigen Bachelorprogramm gälte dieser Status entsprechend bis Ende des Studienjahres 2022/2023.

Britische Hochschulen genießen in vielen Bereichen Autonomie und sind auch für ihre Internationalisierungsstrategien selbst verantwortlich. Etwa ein Drittel der internationalen

Studierenden wurde 2013/2014 über Agenturen an britische Hochschulen vermittelt. Laut einer Studie des Times Higher Education Magazine (THE) zahlten sie hierfür gut 89 Mio. Pfund an Vermittlungsprovision.

Sechs britische Hochschulen sind Mitglieder der International Association of Universities, und 63 sind Mitglieder der European University Association (EUA). Unter den 23 Universitäten im LERU-Verbund (League of European Research Universities) sind mit Cambridge, Edinburgh, Imperial College London, Oxford und University College London fünf aus dem UK (Angaben von Juni 2018).

Aufgrund des Brexit hat sich die Bereitschaft britischer Institutionen tendenziell erhöht, bilaterale Kooperationsprojekte mit kontinentaleuropäischen Partnern einzugehen. Dafür gibt es fachlich-inhaltliche Gründe (Kooperationen erhalten und ausbauen), aber auch finanzielle (weiterer Zugang zu EU-Förderprogrammen). Bevorzugte Länder sind bislang vor allem Frankreich, Deutschland, Belgien und die Niederlande. Prominentestes Beispiel in Deutschland ist die Kooperation der Universität Oxford mit den drei Berliner Universitäten sowie dem Klinikum Charité, die im Dezember 2017 bekanntgemacht wurde. Die Universität Cambridge vereinbarte im Mai 2018 eine strategische Partnerschaft mit der LMU München. Beide Universitäten gehören der LERU-Vereinigung an. Die Universität Nottingham tritt verstärkt internationalen Netzwerken wie dem European Consortium of Innovative Universities (ECIU) bei, an dem aus Deutschland die TU Hamburg-Harburg beteiligt ist. Das King's College London (KCL) ist weiterhin aktiv, die Kooperation mit der TU Dresden auszubauen und empfing vor einigen Monaten eine Delegation der bayrischen Landesregierung und dortiger Universitäten. Im Oktober 2018 vereinbarten das Imperial College London und die TU München eine "Flagship Partnership". Ebenfalls eine Partnerschaft vereinbart haben die Leuphana Universität Lüneburg und die Universität Glasgow. Es ist anzunehmen, dass sich weitere bi- oder multilaterale Kooperationen in verschiedenen Stadien der Planung oder Umsetzung befinden.

Quellen:

- [UKCISA: International student statistics: UK higher education](#)
- [HESA](#)

b. Bildungsk Kooperationen und Partnerorganisationen

Der British Council fördert internationale Beziehungen durch Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft, insbesondere durch die Dachkampagne "Britain is GREAT" (zuvor "Education UK"). Außerdem bietet er englische Sprachkurse sowie Förderprogramme an.

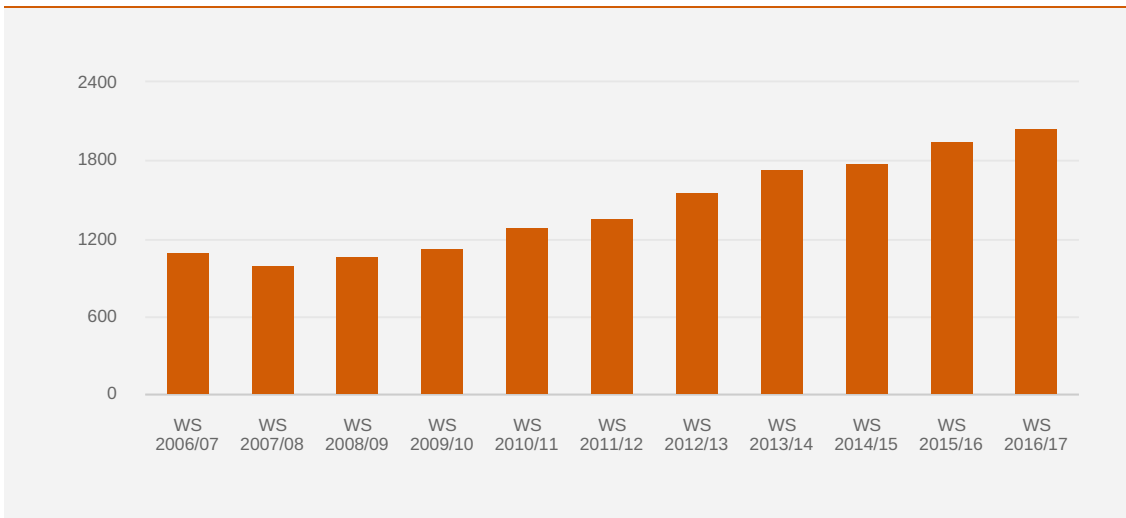
Die vom [British Council](#) veröffentlichte Website [Study-UK](#) ist eine umfassende Quelle für Informationen über Studiengänge an britischen Hochschulen und das britische Bildungssystem einschließlich vieler praktischer Hinweise für internationale Studierende.

Der DAAD unterhält eine Außenstelle in London, die für das Vereinigte Königreich und die Republik Irland zuständig ist. Des Weiteren gibt es Goethe-Institute in London und Glasgow. An deutschen Forschungseinrichtungen sind außerdem im Vereinigten Königreich vertreten: das Max Planck UCL Centre for Computational Psychiatry and Ageing Research mit Sitz in London, das Max Planck-Cambridge Centre for Ethics, Economy and Social Change (seit März 2018) sowie das Fraunhofer Centre for Applied Photonics in Glasgow, welches zu Fraunhofer UK Research Ltd gehört.

Im Herbst 2018 kündigte die DFG den Ausbau der bestehenden Forschungskoooperation mit dem britischen Arts and Humanities Research Council (AHRC) an.

c. Deutschlandinteresse

Diagramm 19: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland



Quelle: [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online](#)

Kennzahl 26: Anzahl der Bildungsausländer in Deutschland

Vereinigtes Königreich (WS 2016/17)

2.048

Quelle: [Statistisches Bundesamt, Genesis-Online](#)

Kennzahl 27: Anzahl der Hochschulkooperationen mit Deutschland

Vereinigtes Königreich (2018)

1.650

Quelle: [Hochschlkompass \(HRK\)](#)

Kennzahl 28: Anzahl der DAAD-Förderungen

Geförderte aus Deutschland (2017)

344

Geförderte aus dem Ausland (2017)

609

Quelle: [DAAD](#)

Grundsätzlich sind Deutschlands Universitäten für ihre lange Forschungstradition und Innovationsstärke bekannt und hoch angesehen. Dafür spricht auch die relativ hohe Zahl von Nachwuchswissenschaftlern, die nach einem Studium in Deutschland von britischen Universitäten angenommen werden. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass ein Studium in Deutschland als eine hervorragende fachliche Qualifikation betrachtet wird. Bezüglich der bevorzugten Fachrichtungen lässt sich kein eindeutiger Schwerpunkt ausmachen.

Umgekehrt ist die Nachfrage deutlich geringer, wobei das englischsprachige Studienangebot deutscher Hochschulen, vorwiegend auf Master- und Promotionsniveau, einen leichteren Zugang für britische Studierende bietet. Grundständig können in Deutschland aufgrund bestehender ZAB/KMK-Regularien (siehe Datenbank "anabin") hingegen nur wenige britische Schulabsolventen ein Studium aufnehmen.

Da in vielen Studiengängen im UK ein Erasmus-Jahr an einer europäischen Partnerhochschule oder ein Erasmus-Praktikum integriert ist, verbringen einige Studierende dieses Jahr ganz oder teilweise in Deutschland oder einem anderen Land des Erasmus-Raumes. Erasmus-Stipendien sind daher ein bekannter und beliebter Weg bei britischen Studierenden, eine gewisse Zeit ihres Studiums im Ausland zu verbringen.

Es ist derzeit noch nicht abzusehen, welche Folgen der Brexit für das Programm Erasmus plus und dessen Nachfolger ab 2021 haben wird. Im Kontext eines nicht auszuschließenden Wegfalls des Programms steht die von Universities UK (UUK) im November 2017 gestartete Kampagne „Go international: Stand out“. Deren ehrgeiziges Ziel ist es, die studentische Mobilität von aktuell 6,6 Prozent auf 13 Prozent bis zum Jahr 2020 in etwa zu verdoppeln. Gleichzeitig plädiert UUK nachdrücklich für die Beibehaltung des Programms Erasmus plus und wird darin auch von der britischen Regierung unterstützt. In einer Erasmus plus-Stellungnahme machte diese deutlich, dass sie weiterhin den internationalen Austausch befürwortet. Beim weiterhin als unwahrscheinlich angenommenen Szenario eines „No Deal“-Verhandlungsergebnisses versichert die Regierung eine Beibehaltung und Ausfinanzierung bestehender Verträge. Etwa 53 Prozent der gesamten studentischen Auslandsmobilität des UK findet innerhalb von Erasmus plus statt. Ein Wegfall des Programms ohne Aussicht auf kurz- bis mittelfristige Kompensation wäre daher aus Sicht der allermeisten Beteiligten sehr bedauerlich.

Die Auslandsmobilität britischer Studierender ist insgesamt wesentlich geringer als etwa diejenige deutscher Studierender ausgeprägt, für die Universitäten im UK zu den attraktivsten Destinationen zählen. EU- und sonstige Programme, die auf quantitativer Ausgewogenheit basieren, stoßen entsprechend dann an Grenzen, wenn bilaterale Nachfrage und Angebot nicht zueinander passen. Zuletzt nahmen britische Hochschulen im Rahmen von Erasmus plus knapp doppelt so viele Studierende (circa 31.000) auf als sie selbst in den Erasmus-Raum entsandten (etwa 16.000). Diese Unwucht wird mitunter kontrovers diskutiert, nicht zuletzt weil Erasmus-Austauschstudierende keine Gebühren entrichten, auf die britische Hochschulen zunehmend angewiesen sind.

DAAD-Individualstipendien sind und bleiben ein wichtiges Förderinstrument. Darüber hinaus sind Fördermittel für Projekte, die sich mit Deutschland-bezogenen Themen beschäftigen, besonders nachgefragt, etwa im DAAD-Programm "Promoting German Studies" (PGS). Es wurde im Jahr 2017 evaluiert und im Mai 2018 zum vierten Mal ausgeschrieben. Seit Herbst 2018 werden hier fünf Vorhaben mit einer Laufzeit zwischen zwei und drei Jahren gefördert. Im Januar 2016 nahm das vom DAAD für zunächst fünf Jahre projektfINANZIERT [Forschungszentrum für Deutschlandstudien an der Universität Cambridge](#) seine Arbeit auf. Es kooperiert intensiv mit deutschen und internationalen Partnern.

d. Deutsche Sprachkenntnisse

Deutschlernende gesamt: 1.547.994
DaF-Lernende Schulbereich 2015: 1.533.840
Zuwachs im Vergleich zu 2010: +1.193.840
Deutschlernende Studierende 2015: 11.000
Zuwachs im Vergleich zu 2010: +6.080

Trotz dieser positiv wirkenden Zahlen, muss hinsichtlich der Deutschlernenden im Vereinigten Königreich eine generell negative Bilanz gezogen werden. Siehe hierzu auch den [Bericht des Auswärtigen Amtes "Deutsch als Fremdsprache weltweit. Datenerhebung 2015"](#) (S.11):

„Erstmalig liegen für Großbritannien belastbare Daten vor. In den Erhebungen der Vorjahre beruhten die Angaben für Großbritannien stets auf Schätzungen mit Bezug auf die Zahl der abgelegten

Abschlussprüfungen im Fach Deutsch, da im britischen Bildungsministerium nur eine Statistik über die Zahl der Abschlüsse und somit der Prüfungsjahrgänge geführt wird. Die Zahlen für 2015 gehen auf eine Erhebung aller britischen Schüler von Eurostat (2012) zurück. Dennoch ist der Trend für Deutsch an Sekundarschulen seit der Abschaffung von Pflichtfremdsprachen im Jahr 2002 weiterhin negativ. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Zahl der Abschlussprüfungen im Fach Deutsch halbiert (2014: 59.891 GCSE-Prüfungen und 4.178 A-Level-Prüfungen). Durch die Einführung von verpflichtendem Fremdsprachenunterricht an Grundschulen 2014 besteht jedoch die Möglichkeit, die Position von Deutsch langfristig, auch an Sekundarschulen, zu stärken. Eine Prognose ist zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch nicht möglich.“

In den letzten Jahren ist im Vereinigten Königreich ein Rückgang der Möglichkeiten, deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben, zu verzeichnen. Im Schulbereich (GCSE/Scottish Standard Grade und A-Levels) sind die Zahlen der Deutschlerner seit Jahren rückläufig (Scottish Higher Levels steht als Ausnahme, mit einem leichten Anstieg im letzten Jahr). Die Motivation für das Erlernen von Fremdsprachen ist bei englischen Muttersprachlern insgesamt gering. Sie gelten als arbeitsintensiv und werden nach allgemeinem Dafürhalten strenger benotet als andere Fächer. Im Bereich der Hochschulbildung ist Deutsch zwar noch die am dritthäufigsten angebotene Sprache an britischen Universitäten, jedoch wurden in den letzten Jahren einige "German Departments" verkleinert oder ganz geschlossen. Diese Tendenz setzt sich fort. Darum ist auch die Zahl der Deutschlernenden unter den Studierenden in den letzten Jahren gesunken. Im Zuge des "Brexit" ist bislang mit keiner Kehrtwende zu rechnen. Bei "German Studies"-Programmen (Bachelor) ist in den letzten Jahren die Zahl der Bewerber ebenfalls niedriger gewesen. Wie im Schulbereich spiegelt dies einen allgemeinen Trend wider, denn die Bewerberzahlen für "French Studies" und "Spanish Studies"-Programme sind ebenfalls rückläufig. (Spanisch hatte an britischen Schulen vor Jahren leicht zugelegt, stagniert inzwischen oder war zuletzt – laut Daten von August 2018 – sogar leicht rückläufig.) 2018 wurde Deutsch erstmals knapp von Mandarin als Prüfungsfach am Ende der Oberstufe ("A-levels") überrundet: 3.334 gegenüber 3.058 abgelegten Schlussprüfungen.

Bei der Werbung für ein Studium in Deutschland ist aufgrund dessen das Angebot an postgradualen englischsprachigen Studiengängen hervorzuheben. Vielen Briten und Drittstaatlern ist nicht bewusst, dass sie grundsätzlich auch ohne Deutschkenntnisse für ein englischsprachiges Studium in Deutschland in Frage kommen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Zahl der Deutschlerner auf absehbare Zeit nicht ansteigen wird, sollte daher die werbende Information für ein postgraduales Studium auf Englisch im Vordergrund stehen. Insgesamt gesehen bietet das UK ein substantielles postgraduales Rekrutierungspotenzial für deutsche Hochschulen. Neben Briten können hier Interessenten für postgraduale Angebote aus der ganzen Welt erreicht werden, zum Beispiel auf der jährlich Anfang Oktober in London stattfindenden Nature Jobs Career Expo.

Nicht-EU-Ausländer zahlten im Vereinigten Königreich im Studienjahr 2016/17 laut Erhebung des Times Higher Education Magazins im Bachelorstudium durchschnittlich 13.394 Pfund ("Classroom" - plus 45 Prozent gegenüber dem sogenannten Home Fee Status 9.250 Pfund), 15.034 Pfund ("Laboratory" - plus 63 Prozent) bis zu 24.169 Pfund ("Clinical" – plus 161 Prozent) pro Jahr an Studiengebühren, die Lebenshaltungskosten nicht mit eingerechnet. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ist wahrscheinlich, dass – nach einer Übergangsfrist – diese Studiengebühren auch für EU-Ausländer gelten werden.

Quelle:

- [Times Higher Education: International and Postgraduate Fees Survey 2016](#)

e. Hochschulzugang in Deutschland

1. Für den Zugang von Studienbewerberinnen und -bewerbern mit Sekundarschulabschlüssen aus dem Vereinigten Königreich: England, Wales und Nordirland zum Studium an deutschen Hochschulen gelten ab dem Wintersemester 2017/2018 folgende Bewertungsvorschläge:

Das Zeugnis

- General Certificate of Education - Advanced Level (GCE AL)

in Verbindung mit dem

- General Certificate of Education - Advanced Subsidiary Level (GCE AS)

oder in Verbindung mit dem

- Advanced International Certificate of Education (AICE)

oder in Verbindung mit

- Cambridge-PreU (siehe Ziffer 4)

eröffnet den direkten, fachgebundenen Hochschulzugang, sofern die Grundvoraussetzungen sowie die fachspezifischen Voraussetzungen erfüllt sind:

1.1 Grundvoraussetzungen

Nachzuweisen sind vier Prüfungsfächer, die voneinander unabhängig sein und allgemeinbildenden, nicht berufsbildenden Inhalt haben müssen. Unter diesen Prüfungsfächern müssen folgende Fächer vertreten sein:

- eine Sprache
- Mathematik oder eine der Naturwissenschaften Biologie, Chemie oder Physik.

Mindestens drei der vier Fächer müssen auf dem Niveau des General Certificate of Education - Advanced Level (GCE AL) bestanden sein, für das vierte Fach ist das Niveau des General Certificate of Education - Advanced Subsidiary Level (GCE AS) hinreichend.

1.2 Fachspezifische Anforderungen für einzelne Studienbereiche

Geistes-, rechts-, sozial- und wirtschaftswissenschaftliche sowie künstlerische Studiengänge:

- ein Fach im GCE-Advanced Level, das der gewählten Studienrichtung entspricht
- bei Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zusätzlich ein GCE-Advanced Level im Fach Mathematik

Naturwissenschaftliche Studiengänge:

- zwei der folgenden GCE-Advanced Level-Fächer: Mathematik, Biologie, Chemie, Physik

Technische und mathematische Studiengänge:

- GCE-Advanced Level im Fach Mathematik und
- eins der folgenden GCE-Advanced Level-Fächer: Biologie, Chemie, Physik, Informatik

Medizinische Studiengänge:

- drei der folgenden GCE-Advanced Level-Fächer: Mathematik, Biologie, Chemie, Physik

1.3 Zusätzliche Maßgaben, die die Anforderungen gemäß Ziffer 1.2 nicht ersetzen

a) Zwei Fächer auf dem Niveau des GCE-Advanced Subsidiary Level können anstelle eines GCE-Advanced Level in die Bewertung einbezogen werden.

- b) Die Fachleistungen der mindestens fünf Fächer im AICE sind als Einzelfächer auf dem Niveau des Advanced Subsidiary Level zu bewerten. Bei der Vorlage eines AICE sind für den Hochschulzugang darüber hinaus nur zwei dieser fünf Fächer im GCE Advanced Level nachzuweisen, da obige Besonderheit (zwei AS-Fächer können ein AL-Fach ersetzen) beim AICE den Regelfall darstellt.
- c) Nachweise von GCE AS/AL Prüfungsfächern, die dem berufsbildenden Bereich zugeordnet werden, können im Einzelfall nach Rückfrage bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen anerkannt werden.
- d) Die 2005/2006 eingeführten "GCE Applied A Level", die die seit 2002 eingeführten sogenannten "Vocational Advanced Level" im Rahmen des Vocational Certificate of Education (VCE) abgelöst haben, die wiederum die Advanced General National Vocational Qualifications (Advanced GNVQs) abgelöst haben, werden für den Hochschulzugang in der Bundesrepublik Deutschland nicht berücksichtigt.
- e) Die sogenannten "Key skills" auf Level 1,2,3 und 4 in den Bereichen "Application of Number", "Communication" und "Information Technology" können in der Regel auf Level 3 durch zusätzliche Leistungen im Rahmen des GCE AL Unterrichts erworben werden. Diese werden von britischen Universitäten beim Hochschulzugang herangezogen, werden jedoch im Rahmen des Hochschulzugangs in der Bundesrepublik Deutschland nicht berücksichtigt.
- f) Eine Sprachprüfung im Fach Englisch, die nicht im Rahmen von GCE AL/AS Prüfungen abgelegt worden ist, kann nicht als Ersatz für ein Fach im GCE AL/AS gewertet werden.
- g) Sofern die Prüfungsleistungen durch vorläufige Ergebnismitteilungen "Statement of Results" bzw. "Candidate Statement of Provisional Results" der "Awarding Bodies" (Prüfungsbehörden) und/oder der "Examinations Centres" (Prüfungszentren) dokumentiert werden, können diese als Grundlage für die Entscheidung über die Hochschulzugangsqualifikation herangezogen werden. Die Bewerberinnen und Bewerber werden jedoch verpflichtet, die offiziellen Prüfungszeugnisse bis zum Beginn des zweiten Semesters vorzulegen.

2. In den Fällen, in denen eine Beratung durch die zuständigen deutschen Stelle auf der Grundlage der bis dahin geltenden Bewertungsvorschläge erfolgt ist, wird im Rahmen des Vertrauensschutzes entschieden, ob eine Einstufung nach den Bewertungsvorschlägen Vereinigtes Königreich: England, Wales und Nordirland von 1997 in der Fassung von 2001 oder nach den Bewertungsvorschlägen Vereinigtes Königreich: England, Wales und Nordirland in der neuen Fassung günstiger ist.

3. Auswirkungen des verkürzten gymnasialen Bildungsganges (G8)

Dauer des Schulbesuchs:

Im Regelfall wird bei der Bewertung von 12 aufsteigenden Schuljahren ausgegangen. Sofern diese Bedingung nicht erfüllt ist, gibt es folgende Alternativen:

- a) Zur Anerkennung als Hochschulzugangsberechtigung ist das erfolgreiche Ablegen einer zusätzlichen Prüfung gemäß der "Rahmenordnung für den Hochschulzugang mit ausländischen Bildungsnachweisen, für die Ausbildung an den Studienkollegs und für die Feststellungsprüfung" (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.04.1994 in der jeweils geltenden Fassung) erforderlich. Die Anerkennung als Hochschulzugangsberechtigung wird auch möglich durch ein erfolgreiches Hochschulstudium von mindestens einem Jahr in einem Land, dessen Reifezeugnisse in Deutschland den Hochschulzugang direkt oder nach einem einjährigen erfolgreichen Studium eröffnen.
- b) Zur Anerkennung als unmittelbare Hochschulzugangsberechtigung sind im Zeugnis der zuletzt besuchten deutschen Schule durchschnittlich gute Leistungen nachzuweisen.

4. "Cambridge Pre-U"-Qualifikationen

a) Für den Zugang von Studienbewerberinnen und -bewerbern mit "Cambridge Pre-U"-Qualifikationen zum Studium an deutschen Hochschulen gelten die Grundvoraussetzungen (siehe Ziffer 1.1) und die fachspezifischen Anforderungen für einzelne Studienbereiche (siehe Ziffer 1.2) der Bewertungsvorschläge Vereinigtes Königreich: England-Wales-Nordirland unverändert.

b) Dabei werden

- ein "Cambridge Pre-U Principle Subject" einem "GCE Advanced Level" und
- ein "Cambridge Pre-U Short Course" einem "GCE Advanced Subsidiary Level" gleichgestellt.

c) Das "Cambridge Pre-U"-Fach "Global Perspectives and Independent Research" kann einen GCE Advanced Subsidiary Level ersetzen, wenn

- ein "Cambridge Pre-U Diploma" nachgewiesen wird und
- die Grundvoraussetzungen sowie die fachspezifischen Anforderungen bereits durch die übrigen Fächer erfüllt sind.

Weitere Anforderungen unter: [anabin](#)

4. Empfehlungen für deutsche Hochschulen

a. Hochschulkooperationen – FAQ

Wesentliche Herausforderungen in der Hochschulkooperation mit dem Vereinigten Königreich sind:

- unterschiedliche Strukturen, zum Beispiel das meist einjährige Masterstudium an britischen Universitäten gegenüber dem zweijährigen Masterstudium in Deutschland
- die Höhe der Studiengebühren im Vereinigten Königreich und die unterschiedliche Studienfinanzierung
- Schwierigkeiten bei der Anerkennung: Im Vereinigten Königreich existiert oft ein Trimester- statt ein Semestersystem und Prüfungen finden am Ende des akademischen Jahres statt. Es gibt daher nicht selten Schwierigkeiten, wenn deutsche Studierende nur ein Semester in im Land verbringen wollen
- weniger Interesse bei britischen Studierenden, im Ausland zu studieren, sowie mangelnde Deutsch- und sonstige Fremdsprachenkenntnisse
- Fortbestehende Unsicherheiten im Hochschulsektor aufgrund des ungeklärten EU-Austritts des UK am 29. März 2019
- Um die Folgen des Brexit abzumildern, besteht andererseits auf britischer Seite aktuell verstärktes Interesse an bi- oder multilateralen Kooperationen mit europäischen Partnern, vor allem im Forschungsbereich (siehe vorgenannte Beispiele wie Universität Oxford - Berliner Universitäten / Klinikum Charité, strategische Partnerschaften, zum Beispiel Universität Cambridge mit LMU München und Imperial College London mit TU München).

5. Länderinformationen und praktische Hinweise

a. Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis

Studierende aus dem europäischen Wirtschaftsraum und aus der Schweiz benötigen bislang (vor dem Austritt des Vereinigten Königreiches aus der EU und unter der Annahme einer darauf folgenden Transitionsphase bis Ende 2020) kein Visum. Alle anderen ausländischen Studierenden brauchen ein "[Tier 4 Student Visa](#)". Dafür benötigt werden unter anderem Nachweise a) der garantierten Zulassung zu einem Studiengang, b) des Sprachniveaus, c) der ausreichenden finanziellen Mittel. Das Sprachniveau muss durch einen offiziellen Test nachgewiesen werden, meistens durch den "Secure English Language Test" (SELT).

Studierende, die weniger als sechs Monate im Vereinigten Königreich bleiben (zum Beispiel im Rahmen von Short-course study programmes, English Language Courses) brauchen ein "Short-term study visa". Man kann mit diesem Visum auch bis zu elf Monate bleiben, wenn ein Englischsprachkurs belegt wird.

Praktikanten aus dem europäischen Wirtschaftsraum und aus der Schweiz brauchen für ein Praktikum kein Visum. Praktikanten aus anderen Ländern brauchen ein "Tier 5 (temporary worker – government organised exchange) visa", für das eine Finanzierungsquelle nachzuweisen ist, zum Beispiel eine Austauschorganisation, die Heimatregierung oder eine Universität.

Lehrende/Wissenschaftler aus dem europäischen Wirtschaftsraum und der Schweiz benötigen kein Visum. Kandidaten aus anderen Ländern, die eine Arbeitsstelle in einem hochqualifizierten Bereich haben, erhalten ein "Tier 2 (general) visa" oder in manchen Fällen ein "Tier 1 (exceptional talent) visa".

Im Allgemeinen braucht kein Visum, wer aus dem EWR oder aus der Schweiz kommt. Dies wird sich nicht ändern, solange das Vereinigte Königreich noch EU-Mitgliedsstaat ist. In einigen Fällen gibt es andere Regeln für Personen, etwa aus Mazedonien und aus der Türkei.

Nähere Auskünfte finden sich auf der [Website der britischen Botschaft in Deutschland](#).

b. Lebenshaltungskosten und Unterkunft

Aktuelle Erhebungen geben die jährlichen durchschnittlichen Lebenshaltungskosten für einen Studierenden im UK mit 12.200 Pfund an, in London liegen sie etwa 2.500 Pfund darüber. Andere Statistiken gehen von bis zu 15.000 Pfund für die Begleichung der Lebenshaltungskosten aus, wobei die standortbedingte Spreizung erheblich ist.

NatWest, eine britische Bank, hat 2018 einen "[Student Living Index](#)" erhoben. Unter 35 Hochschulstädten rangierten bei durchschnittlichem studentischem Lebensstandard Hull, Cardiff, Leicester, Brighton und Portsmouth auf den vorderen fünf Plätzen im Hinblick auf Erschwinglichkeit. Stirling, Edinburgh, Birmingham, London und Liverpool belegten wiederum die Plätze 31 bis 35 und waren entsprechend teuer. Im Mittelfeld, auf den Plätzen 16 bis 20, liegen Reading, Leeds, Bristol, St Andrews und Poole.

Die Platzierung Londons an 34. Stelle bestätigt Erfahrungen des DAAD aufgrund von Rückmeldungen Geförderter. Dass Oxford im NatWest-Index auf Platz 9 landet und damit als recht erschwinglich gilt, überrascht mehr denn die Platzierung Cambridges auf Rang 30. Generell verbreitet sind hohe Mieten (Achtung: Die Mietpreise werden meistens pro Woche und nicht, wie in Deutschland, pro Monat angegeben!). Vor allem in London sind zudem die Kosten für öffentliche Verkehrsmittel große Ausgabeposten, die es zu berücksichtigen gilt.

Zur Berechnung studentischer Lebenshaltungskosten je Standort siehe auch: [Which University? Student finance: The average cost of living at university... revealed](#).

Im ersten Studienjahr des Bachelorstudiums wohnen die meisten Studierenden (sofern sie aus Kostengründen nicht weiterhin zuhause bei den Eltern leben) in Studentenwohnheimen. Danach ist es üblich, ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft oder, sofern es die Mittel erlauben, eine kleine Wohnung zu mieten. Eine Reihe von Wohnungen werden durch die Universitäten vermietet, viele Studierende mieten aber auch privat ein Zimmer. Die Immobilienpreise in London liegen höher als vor Beginn der Finanzkrise. Ein Umkehrtrend ist nicht absehbar, wobei sich die Steigerungskurve zuletzt abgeflacht hat und in einigen Londoner Segmenten nach jahrelanger Steigerung sogar geringfügig sank.

Eine [Übersicht über verschiedene Unterkunftsmöglichkeiten](#) gibt der British Council.

Weitere Informationen zur Finanzierung des Studiums im UK bietet der [International Student Calculator](#).

c. Sicherheitslage

Es gelten die [Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amts für Großbritannien](#).

d. Interkulturelle Hinweise

Höflichkeit wird im UK im alltäglichen Umgang groß geschrieben. Die gilt für das Verhalten auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, Museen und so weiter. Diese an und für sich erfreuliche Eigenschaft gilt auch für die Sprache, die häufig "kodiert" ist. Als Neuling im Land muss man sich diese erschließen. So wird Kritik in aller Regel indirekt(er) geäußert, auch im akademischen Leben. Siehe dazu etwa die Beispiele im Independent-Artikel Chart shows ['what the British say, what they really mean, and what others understand'](#) (11.11.2015).

e. Adressen relevanter Organisationen

[DAAD-Außenstelle London](#)

1 Southampton Place
London
WC1A 2DA

[Embassy of the Federal Republic of Germany](#)

23 Belgrave Square/ Chesham Place
London
SW1X 8PZ

[Consulate of the Federal Republic of Germany](#)

16 Eglinton Crescent
Edinburgh
EH12 5DG

[National Academic Recognition Information Centre](#)

UK NARIC
Suffolk House
68-70 Suffolk Road
Cheltenham
GL50 2ED

[Goethe-Institut London](#)

50 Princes Gate

Exhibition Road
London
SW7 2PH

[Goethe-Institut Glasgow](#)

3 Park Circus
Glasgow
G3 6AX

[British Council](#)

10 Spring Gardens
London
SW1A 2BN

[Department for Business, Energy and Industrial Strategy](#)

1 Victoria Street
London
SW1H 0ET

[National Union of Students](#) ("Studentenwerk")

275 Gray's Inn Rd
Kings Cross
London
WC1X 8QB

f. Publikationen und Linktipps

- [The official website for comparing UK higher education course data](#)
- [Universities UK](#)
- [Study UK](#)
- [Kooperation International - Großbritannien](#)

Impressum

Herausgeber

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service
Kennedyallee 50, D-53175 Bonn

www.daad.de

Referat S21 – Koordinierung Regionalwissen

Autor

Dr. Georg Krawietz, Leiter der Außenstelle London

Redaktion

Christine Arndt

Datenquellen

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD). Data:

<https://data.oecd.org>

Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD). Statistics:

<http://stats.oecd.org>

SCImago. (2007). SJR–SCImago Journal & Country Rank. Retrieved January 07, 2016, from

<http://www.scimagojr.com>

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Genesis-Online. Datenlizenz by-2-0:

<https://www.genesis.destatis.de>

UNESCO Institute of Statistics (UIS): <http://data.uis.unesco.org/>

United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Division, World Population

Prospects: <http://esa.un.org/unpd/wpp/Download/Standard/Population/>

Wissenschaft Weltoffen. Herkunft ausländischer, Bildungsausländer-, Bildungsinländer-Studierender
2014 nach Erdteilen, Regionen, Herkunftsstaaten: <http://www.wissenschaftweltoffen.de/daten/1/2/1>

The World Bank, Knowledge Economy Index: <https://knoema.com/WBKEI2013/knowledge-economy-index-world-bank-2012>

The World Bank. Data: <http://data.worldbank.org>

The World Bank. World Development Indicators: <http://wdi.worldbank.org/table/5.13#>

Zur Erhebung der genutzten Daten wurde auf alle Datenquellen am 16.02.2018 zugegriffen.

Erläuterung einzelner Kennzahlen

Kaufkraftparitäten (KKP)

Um volkswirtschaftliche Größen wie beispielsweise das BIP international vergleichbar zu machen, ist eine einfache Umrechnung nach aktuellen Wechselkursen nicht ausreichend, da die Kaufkraft zwischen Währungsräumen erheblich abweichen kann. Auf dieser Basis wird berechnet, wie viel Einheiten der jeweiligen Währung notwendig sind, um den gleichen repräsentativen Güterkorb zu kaufen, den man für 1 USD in den USA erhalten könnte.

Gini-Koeffizient

Maß zur Darstellung von [Ungleichverteilungen](#), benannt nach dem italienischen Statistiker Corrado

Gini, 1884-1965. Der Wert liegt zwischen 0 und 1 bzw. 0 und 100% (0 = totale Gleichheit, 100 = totale Ungleichheit). Werte der Weltbank variieren zwischen 63,2 (Lesotho) und 24,7 (Dänemark).

Knowledge Economy Index

Der Knowledge Economy Index ist ein Indikator der Weltbank, mit dem gemessen wird, in wieweit Wissen effektiv für wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt wird. Dazu werden die „4 Säulen der Wissensökonomie“ herangezogen: Wirtschaftlicher Anreiz und administrative Rahmenbedingungen; Bildung und Humanressourcen; Innovationssystem; Informations- und Kommunikationstechnologie.

Studierendenquote (gross enrolment ratio, tertiary)

Anzahl der Studierenden unabhängig vom Alter, ausgedrückt als Prozentsatz der Bevölkerung zwischen 20 und 24 Jahren. Wegen Studierenden, die jünger oder älter sind, ist die Zahl höher als die Studierendenquote eines Jahrgangs. Eine detailliertere Definition ist unter

<http://uis.unesco.org/en/glossary-term/gross-enrolment-ratio> zu finden.

Publikationen

Anzahl der jährlichen Publikationen in peer-reviewed Literatur (Zeitschriften, Bücher und Konferenzbände).

Patente (Anzahl der Patente in Naturwissenschaft und Technik (Residents))

Anzahl der Patente aus den Bereichen Naturwissenschaft und Technik, die in einem Jahr von Einwohnern dieses Landes im Land registriert wurden.

Auflage

Als digitale Publikation im Internet veröffentlicht.



Dieses Dokument ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz \(CC BY 4.0\)](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).

Bitte beachten Sie die [Regelungen zur korrekten Benennung der Urheber und Quelle sowie Übersetzungen](#).

Diese Veröffentlichung wird aus Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung an den DAAD finanziert.



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung